P E T E R S B U R G E R

DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

OKTOBER 2017

ISSN: 2566-8668

MEDAILLENSPIEGEL
Die Olympischen Winterspiele versprechen spannende deutsch-russische Duelle. Ein Ausblick

Seite 14

SHUTTERSTOCK

DEUTSCH NACH GEHÖR
Die denkwürdigen Abenteuer des russischen Schriftstellers Wladimir Woinowitsch in München. Ein Interview

Seite 8

DPA/TASS TUSHIN ANTON

Politik statt Visionen

In den siebziger Jahren klebten sich deutsche Friedensfreunde einen Sticker ans Auto, der einen Dinosaurier zeigte und die Aufschrift: „Ausgestorben: Zu viel Panzer, zu wenig Gehirn." Sie hörten ein Lifealbum mit dem Titel: „No nukes", mit dem singende Aktivisten wie Graham Nash, Jackson Browne, James Taylor und The Doobie Brothers für eine atomwaffenfreie Welt sangen. 2007 appellierten ein paar alte Männer, die einmal über ein apokalyptisches Atomwaffenarsenal geherrscht hatten, für „Global Zero". Und seit ein paar Jahren setzt sich die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (Ican) für dieses Ziel ein. Dafür erhielt die Organisation (wie schon 1985 die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) den Friedensnobelpreis.

Nun ersetzen Visionen keine Politik. Schon gar nicht, wenn die Ziele in diesem Jahrhundert nicht mehr erreichbar erscheinen und einige Irregeleitete danach streben, selbst über solche Massenvernichtungsmittel zu verfügen. Sind Träume, und seien sie noch so herzerwärmend, nobelpreiswürdig?

Peter Koepf, Chefredakteur

Natürlich ist eine Welt ohne Atomwaffen, eine Welt ganz ohne Waffen wünschenswert. Aber ist eine Welt ohne Atomwaffen realistisch? Und wenn ja, wann?

Wissen wir, ob eine Welt ohne Atomwaffen so friedlich geblieben wäre wie die des Kalten Kriegs? Wissen wir, ob die damaligen Gegner, vor allem Russland und die USA, ohne Atomschlagdrohung still gehalten hätten? Ist es erlaubt zuzugeben, dass die einst verhasste Politik der Abschreckung eigentlich ganz gut funktioniert hat?

Natürlich ist es heute richtig, dieses Gruselarsenal so weit wie möglich abzubauen. Dies anzustreben und auch zu tun ist bessere Politik als bei weiterer Aufrüstung tatenlos zuzusehen. Und es geschieht ja. Viel wäre auch erreicht, wenn es gelänge, bestehende Verträge einzuhalten und zu verlängern: dass die Waffen, die wir noch immer horten, nicht eingesetzt werden; dass sie nicht durch modernere ersetzt werden; dass sich nicht diejenigen durchsetzen, die meinen, ein Atomkrieg ließe sich bei Gebrauch kleinerer Bomben begrenzen. Eine ernste Frage sucht Antworten: Müssen wir nicht fürchten, die Schwelle zur Eröffnung eines Kriegs würde ohne Atomwaffen sinken?

Die erste fliegende Atomrakete, so viel ist sicher, wäre nicht die letzte. Dass es dazu kommt, ist zu verhindern. Das können Politiker, indem sie tun, was andere formulieren. Auf diese klugen Taten kommt es an. Die sind nobelpreiswürdig.

KOMMERSANT

Alles echt

Wie die deutsch-schweizerische Theatergruppe Rimini Protokoll die Millionenmetropole Moskau zur Bühne macht und den Blick der Zuschauer auf ihre Stadt verwandelt

Seite 11

#02

SANKTIONEN
Die Wirtschaft ist gegen Handelseinschränkungen mit Russland. Sind sie auch politisch schädlich? Peter Koepf hat sich unter Politikern, Unternehmern und Wissenschaftlern umgehört.

Seite 2

KOALITIONEN
Deutschland hat gewählt – aber welche Parteien das Land künftig regieren werden, ist noch unklar. Die Wahl analysieren Lutz Lichtenberger, Johann Michael Möller und Albrecht von Lucke.

Seiten 4–5

WETTERKAPRIOLEN
Der Klimawandel ist auch in Russland zu spüren. Wie sollte das Land darauf reagieren? Bernhard Pötter analysiert die Lage vor der UN-Klimakonferenz.

Seite 6

Diplomatische Deals

Deutsche und Russen sollten hinnehmen, dass in manchen Punkten keine Einigkeit möglich ist, aber zusammenarbeiten, wo Interessen übereinstimmen

VON THEO SOMMER

Im Wellental der Geschichte haben die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland manches Auf und Ab erlebt. Es hat sehr gute Zeiten gegeben und sehr schlechte Zeiten. Bald waren sie enge Verbündete, etwa gegen Napoleon; bald waren sie erbitterte Feinde, so im Ersten und im Zweiten Weltkrieg. Nach dem Ende des Kalten Kriegs schienen sie zunächst ein Herz und eine Seele. Michail Gorbatschow ließ sich auf der deutsche Wiedervereinigung ein, obwohl er hätte Nein sagen können. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker warnte: „Wir müssen verhindern, dass die Mauer, die wir jetzt niederreißen, einfach tausend Kilometer weiter nach Osten verschoben wird."

Doch in den zurückliegenden 15 Jahren haben sich Moskau und Berlin allmählich wieder auseinandergelebt. Nach dem Ausbruch der Ukraine-Krise und der Annexion der Krim schlug die anfängliche Entfremdung aufs Neue in Konfrontation um. Und seitdem Präsident Putin Europa den Rücken zukehrte und sich nach Asien wandte, ist ein baldiger Ausgleich schwer vorstellbar.

Trotz allen Aufs und Abs im deutsch-russischen Verhältnis lässt sich an einer Grundtatsache nicht zweifeln: Die Deutschen sind von Haus aus russlandfreundlich. Sie lieben Tschaikowsky und Rachmaninow, bewundern Dostojewski und Tolstoi; sie lassen sich gern hinreißen vom Bolschoi-Ballett oder versenken sich, im Innersten gerührt, in die klösterliche Entrücktheit von Zagorsk. Ihrer Verankerung im Westen tut dies keinen Abbruch, denn sie machen sich auch keine Illusionen über Russland.

Das hat schon Bismarck nicht getan, der 1859 bis 1862 preußischer Gesandter in St. Petersburg war. Vom einzelnen Russen hatte er keine hohe Meinung – er sei bestechlich und nur durch Gewalt zu regieren, auf die Rechtssicherheit sei kein Verlass. Er klagte zuweilen auch über ein „mürrisches, europafeindliches Russentum". Doch als die Russen an der Westgrenze Kavallerie und reitende Artillerie aufmarschieren ließen (wie das heute Putin immer wieder mit Infanterie und Panzern macht) und seine Generäle ihn zum Präventivkrieg drängten, fiel er ihnen in den Arm: „Den russischen Krieg werden wir nie hinter uns haben." Seine Nachfolger beschwor er, niemals den Draht nach Russland abreißen zu lassen. Es ist eine Einsicht, die wir auch in der Ukraine-Krise beherzigen sollten.

Diese Krise fand ihren ersten Höhepunkt in der Annexion der Krim durch Russland und mündete seitdem in einen regelrechten Bürgerkrieg zwischen Kiew und den von Moskau unterstützten „Volksrepubliken" Donezk und Lugansk. Dies warf die Frage auf, was der Kremlherrscher wirklich vorhat. Was würde er als nächstes unternehmen? Wann und wo würde er haltmachen nach der Übernahme der Krim und der massiven Einmischung im Donbass? Wollte er Russland und den Westen mit seiner Politik in einen neuen Kalten Krieg stürzen?

Die Antworten der Putinologen auf diese Fragen gingen so weit auseinander wie die Meinungen über die Ursache der Krise. Die einen halten Putin für einen ruchlosen Aggressor, die anderen für eine verletzte Seele, während eine dritte Gruppe meint, er sei weniger auf territoriale Erweiterung aus als vielmehr auf die ideologische Abschottung Russlands von den verderblichen Einflüssen der dekadenten westlichen Kultur.

Wie dem auch sei: Die Annexion der Krim und Moskaus offene und verdeckte Unterstützung der ostukrainischen Separatisten hat Europa verunsichert, zumal Balten und Polen. Die NATO reagierte darauf mit einem Reinsurance-Programm, das militärische Verstärkung mit politischem Solidaritätsversprechen koppelt. Außerdem wird überall über die Erhöhung der Verteidigungsetats und eine stärkere sicherheitspolitische Integration der EU diskutiert. Aber die schlimmsten Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet.

Vielmehr finden sich in Putins Interviews der letzten Zeit immer wieder positive Ansätze. Darunter die Versicherung, dass er keineswegs das sowjetische Imperium wiedererrichten will, dass niemand vor Russland Angst haben muss; und dass er Minsk II für den einzigen Weg zur Lösung des ukrainischen Problems hält. Doch zugleich regt er an, über einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu reden (und wohl auch über Medwedjews alte Idee eines gemeinsamen Sicherheitsraums von Vancouver bis Wladiwostok).

Der Westen sollte ihn beim Wort nehmen. Denn es ist klar, dass sich weder die territoriale Integrität der Ukraine noch ihre langfristige wirtschaftliche Sanierung in einer dauerhaft antagonistischen Beziehung zum großen Nachbarn Russland erreichen lässt. Eine tragfähige Sicherheitsarchitektur Europas lässt sich nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland gestalten.

Derzeit ist die Lage fürchterlich verfahren. Einen Krieg will niemand. Doch müssen wir uns wirklich auf eine Phase einrichten, in der Frostperioden

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

Koreanische Krux

Was Europa im Konflikt über das Nuklearprogramm Pjöngjangs außer Acht lässt

VON SERGEJ AGAFONOW

Man sollte meinen, die Welt hätte sich an die Ausschläge koreanischen Ursprungs auf der politischen Erregungskurve gewöhnt. Lehren jedoch zog daraus niemand. Jede neue Provokation nimmt die Öffentlichkeit als die „grenzwertigste" wahr, apokalyptische Vorhersagen schießen wie Pilze aus dem Boden und Prognosen über ein unvermeidbares Unheil bringen die Menschen an den Rand des Nervenzusammenbruchs.

Dabei verläuft es immer sehr ähnlich. Die bedrohliche Welle ebbt ab und man beruhigt sich wieder. Irgendwann geht alles wieder von vorn los.

Das wird auch in Zukunft so sein. Denn die meisten europäischen (und nicht nur die) Kommentatoren missachten bei Einschätzung der Situation und Betrachtung der Perspektiven einen entscheidenden Punkt: dass in der koreanischen Geschichte kaum ein anderer Ausgang möglich ist. Über eine unwahrscheinliche Zukunft nachzudenken hat keinen Sinn. Nichts von all den Hirngespinsten wird sich bewahrheiten, weil der koreanische „Geist" in der Flasche eingesperrt ist und es zumindest für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben wird.

Ein Erklärungsversuch: Wer Korea verstehen will, muss einige Konstanten beachten. Was die meisten Beobachter und sogar seriöse Experten nicht sehen, ist, dass die Differenzen zwischen den beiden koreanischen Staaten, der äußerst verheerende Krieg und der Bruch entlang des 38. Breitengrads nicht in einer Reihe mit anderen, äußerlich ähnlichen Konflikten der Welt betrachtet werden dürfen; die Koreaner verstehen die Katastrophe der 1950er-Jahre nicht als Folge einer tiefgreifenden Spaltung der Gesellschaften im Norden und Süden, sondern vor allem als Ergebnis des Einwirkens äußerer Kräfte. Auf beiden Seiten des Breitengrads sind die Menschen davon überzeugt, dass die Verbrechen an den Koreanern (vor, während und nach dem Krieg) vorwiegend von Ausländern begangen wurden – von den Japanern zu Zeiten der Kolonialherrschaft (darin sind sich der Süden und der Norden einig), von den Amerikanern (aus der Sicht der Nordkoreaner), von den Chinesen (aus der Sicht der Südkoreaner). Diese äußeren Kräfte gelten in der realen, nicht aber in der politologischen Wahrnehmung für die Teilung des Lands und des Volks als verantwortlich.

Wer diese grundlegende Einschätzung beachtet, wird verstehen, dass jedwede Eskalation der Konfrontation, so scharf sie auch sein mag, einer äußerst gefährlichen und schwerwiegenden Komponente entbehrt: des inneren Hasses gegenüber dem Nachbarn. Ungeachtet der langjährigen Teilung verstehen sich die Koreaner als Volk mit einer großen Geschichte, zerrüttet durch fremde Einmischung.

Daraus ergibt sich auf beiden Seiten eine besondere Empfindsamkeit, wenn Unabhängigkeit und Nationalstolz verletzt zu werden drohen. Versuche von äußeren

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1
„KOREANISCHE KRUX“

Akteuren, Pjöngjang bei seinem Nuklearprogramm zur Räson zu bringen, werden deshalb nicht funktionieren; auch ein Embargo gegen die Lieferung von Rohstoffen und Fertigprodukten wird Lücken lassen, die Drohung mit härtesten Sanktionen keine Wirkung zeigen.

Offiziell wird sich Seoul niemals so äußern. Inoffiziell und vertraulich wird niemand bestreiten, dass die von Nordkorea in zukunftsträchtigen Bereichen erzielten Erfolge trotz alledem von vielen im Süden als Zeugnis wahrer koreanischer Standhaftigkeit und der neue Status einer Nuklearmacht als Unterpfand für die zukünftige Prosperität aller Koreaner verstanden wird – nämlich für die Zeit, wenn Land und Volk wieder vereint sind. Wenn US-Präsident Donald Trump droht, er werde Nordkorea „von der Erde tilgen“, dann bestärkt er diese tiefen Gefühle nur.

Gleichwohl wird sich der unauslöschliche Traum von der Einheit in naher Zukunft nicht erfüllen; das lassen Politiker wie Trump nicht zu. Ein vereintes Korea wäre ein ernstzunehmender Akteur. In einer für den Welthandel und die Politik entscheidenden Region werden weder die USA, noch China, noch Japan einen weiteren starken Staat mit einem beträchtlichen Bruttoinlandsprodukt (höher als Russland) und Nuklearwaffen tolerieren.

Die Welt wird also noch lange mit diesem Problem in seiner heutigen nervenaufreibenden Form leben müssen – zumindest solange die amerikanische Präsenz in Südkorea und Japan andauert, mit Blick auf die wachsenden Spannungen zwischen China und den USA möglicherweise für immer. Eine Aussicht, die auch die Koreaner selbst nichts Gutes ahnen lässt. Denn die involvierten Mächte werden sämtliche Kräfte aufbieten, um die Teilung Koreas aufrechtzuerhalten.

Und wie verhält sich Russland? Ganz einfach: Für Moskau bedeutet Korea derzeit so etwas wie eine versäumte Chance. Die Sympathie für Russland ist nicht nur im Norden lebendig, sondern auch im Süden, wo niemand vergessen hat, dass die Familie des letzten koreanischen Kaisers in der russischen Botschaft Zuflucht gefunden hat und sowjetische Truppen dem japanischen Kolonialjoch ein Ende setzten. Aber aus dieser einzigartigen Position Kapital zu schlagen, ist Moskau nicht gelungen. Die Schuld daran ist allerdings nicht bei den Koreanern zu suchen.

Sergej Agafonow ist Chefredakteur der wöchentlich erscheinenden Illustrierten Ogonjok.

Sanktionen aussetzen?

Deutsche Politiker, Unternehmer und Wissenschaftler diskutieren über Vorschläge für eine neue Russlandpolitik

VON PETER KOEPF

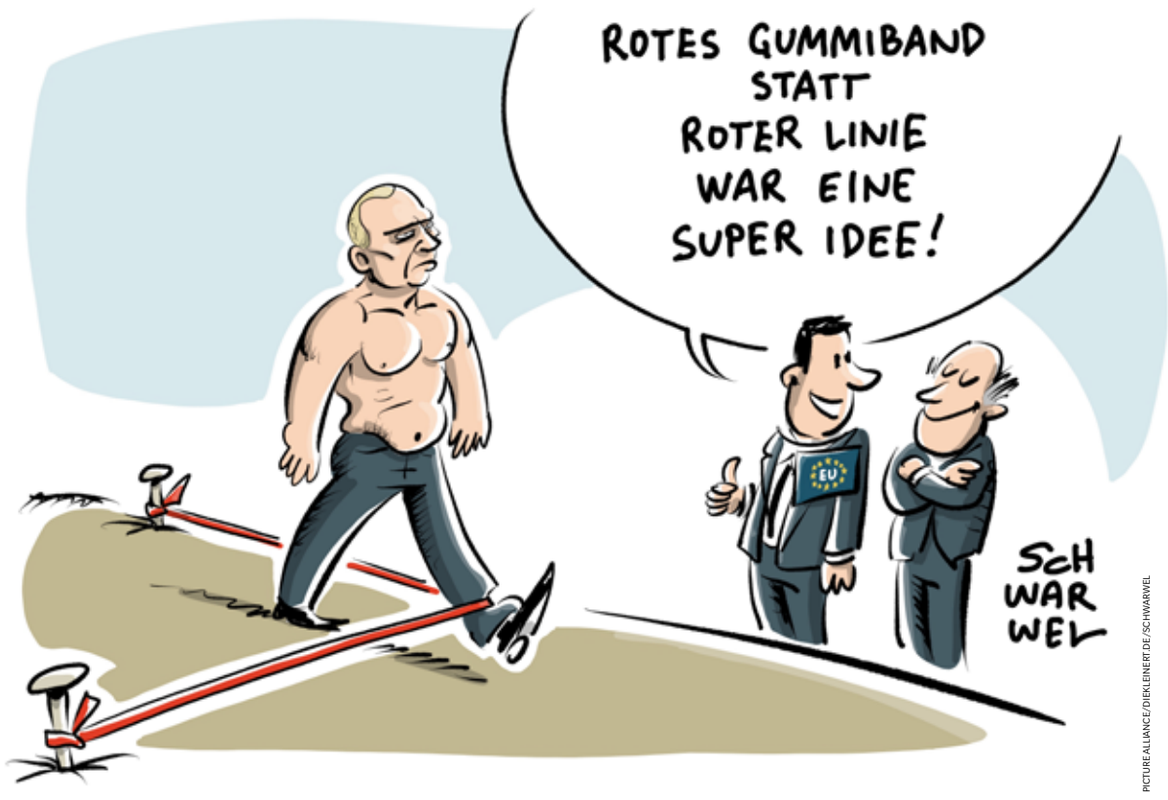
Heinrich Otterpohl, Vorstandsvorsitzender von AEG Industrial Engineering (AEGie), hat einen Traum. „Wir möchten gern die russischen Erdgaspipelines modernisieren, welche die AEG mit Mannesmann in den siebziger Jahren gebaut hat.“ Mit verbesserter Technologie von AEGie könnte der Wirkungsgrad der Turbinen in den Kompressorstationen, die alle hundert Kilometer den auf der Strecke abfallenden Druck wieder erhöhen, erheblich verbessert werden. „Die Russen warten die Anlagen selbst“, sagte Otterpohl. „Aber die Effizienzerhöhung, das können wir als Hersteller am besten.“ Vorteil für die Betreiber: Es müssen keine neuen Turbinen installiert werden. Für AEGie wäre es ein Riesengeschäft.

Doch der Traum kann nicht Realität werden. „Bei Öl und Gas können wir wegen der Sanktionen derzeit mit den Russen keine Geschäfte machen“, bedauert Otterpohl und plädiert für eine Lockerung der Sanktionen. „Die Sanktionen funktionieren ohnehin nicht. Die Russen haben gelernt, ohne große Importe aus Deutschland oder Europa zu überleben; sie kaufen nun alles in China. Die Sanktionen schaden uns mehr als den Russen. Wir müssen endlich wieder miteinander reden.“

Auch der Parteivorsitzende der FDP, Christian Lindner, plädierte schon vor den Wahlen für einen „Neustart“ im Verhältnis zu Russland. Im August sagte er in einem Interview mit der *Berliner Morgenpost:* „Die Sanktionen sollten nicht erst fallen können, wenn das Friedensabkommen von Minsk vollständig erfüllt ist.“ Auch positive Zwischenschritte müssten gewürdigt werden. Und dann brach er, wie er sagte, ein Tabu: „Ich befürchte, dass man die Krim zunächst als dauerhaftes Provisorium ansehen muss.“ Diesen Konflikt werde man „einkapseln müssen, um an anderen Stellen Fortschritte zu erzielen“. Das sei während des Kalten Kriegs gelungen, wo eine konstruktive Ostpolitik möglich gewesen sei, obwohl die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion ebenfalls nie anerkannt worden sei. Ein solcher „Wandel durch Annäherung“ sei auch heute nötig, „mehr Dialog und mehr Kreativität im Umgang“.

Lindners Argumentation vertritt auch der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der auf einen wirtschaftlichen Gesamtschaden in Deutschland und Russland durch die Sanktionen in „dreistelliger Milliardenhöhe“ verweist. Auch Politiker aller anderen Parteien, nicht nur Links- und Rechtsaußen wie Sahra Wagenknecht (Die Linke) und Alexander Gauland (AfD), denken über Alternativen nach, wie Karsten Voigt (SPD) in der vorigen Ausgabe des *Petersburger Dialogs* schrieb. Eine Mehrheit im Bundestag für eine Lockerung der Sanktionen sieht er allerdings nicht.

Natürlich will auch die Bundeskanzlerin „mit Russland wieder vernünftige, gute Beziehungen haben“, sagte sie am 8. September in Straßburg. Voraussetzung seien allerdings „friedliche Verhältnisse“ in der Ostukraine. „In dem Moment, wo wir das hinbekommen haben, werden wir auch die Sanktionen wieder aufheben.“



PICTURE ALLIANCE/DIEKLEINERT.DE/SCHWARWEL

Lindners Vorschlag zur Krim ließ Merkel von einer Sprecherin beantworten. Die Annexion der Krim sei ein Bruch des Völkerrechts, sagte sie, und stelle die europäische Friedensordnung infrage.

Den Verweis des FDP-Politikers auf frühere Zeiten hatten zuvor bereits zwei Autoren bemüht, die in der Zeitschrift *Osteuropa* „Leitideen für eine neue Russlandpolitik“ vorstellten. Matthias Dembinski und Hans-Joachim Spanger von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zitierten ein Wort von Hans J. Morgenthau, der während des Kalten Kriegs warnte, „das eigene Streben und Handeln in den Mantel universeller sittlicher Ziele zu hüllen“. Es führe „zu jener Verzerrung des Urteils, die in blindem Kreuzzugseifer Nationen und Zivilisationen zerstört – im Namen sittlicher Grundsätze, Ideale oder Gottes“.

Dembinski und Spanger plädierten für einen „pluralen Frieden“. Statt wie bisher erfolglos darauf zu bestehen, dass Russland sich an die liberalen Normen des Westens anpasst, seien normative Differenzen anzuerkennen, um sie sukzessive überwinden zu können. Gefordert sei eine „Entideologisierung der Politik“. Die Wissenschaftler empfehlen anzuerkennen, „dass Russland so ist und vorläufig so bleiben wird, wie es ist, und dass dennoch gedeihliche, das heißt zunächst und in erster Linie friedliche, darüber hinaus aber auch kooperative Beziehungen mit diesem normativ Anderen anzustreben sind“. Unterm Strich fordern die Autoren: „Anerkennung des Status quo“, weil auf der Krim derzeit nicht mehr zu erreichen und die Annexion als *fait accompli* hinzunehmen sei. Außerdem müsse Russland glaubwürdig versichert werden, dass die Ukraine und andere Staaten der Region nicht in die EU und die NATO aufgenommen werden. Russland müsse sich im Gegenzug seinen Anspruch auf Toleranz durch „Respekt vor den grundlegenden Menschenrechten und Nichtexpansionismus“ (John Rawls) verdienen.

Kritiker lehnten die Vorschläge im selben Blatt als „realitätsfremd“ und in die Irre führend ab und beklagten eine „Anerkennung von Großmachtpolitik und Einflusssphären“. Nicht eine aggressive westliche Erweiterungspolitik treibe einen Keil zwischen Russland und Europa, so Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), sondern „die unkluge und hegemoniale Politik der russländischen Führung, die die Suche nach alternativen Partnern und eine Abwehrhaltung gegenüber russländischer Dominanz der postsowjetischen Nachbarn befördert“. Regel- und Tabubrüche sowie Militäreinsätze zur Durchsetzung von Interessen seien zu einem Merkmal des Systems Putin geworden. „Im Weltbild von Präsident Putin“, so Meister, „gibt nicht der Kluge, sondern der Schwache nach.“ Weil mit Putin weder durch Regeln noch Abkommen Stabilität und Berechenbarkeit zu erzielen seien, bleiben „Sanktionen für Verstöße im Moment alternativlos“.

Das bekräftigte auch Omid Nouripour, Sprecher für Außenpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gegenüber dieser Zeitung. „Russland hat mit der Annexion der Krim und der Intervention in der Ostukraine das Völkerrecht gebrochen. Wir können jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und so tun, als hätte es diese Verstöße nicht gegeben.“ Der Dialog sei selbstverständlich zu suchen, aber die Rücknahme der Sanktionen bleibe an die Erfüllung der Minsker Kriterien geknüpft. „Wenn Deutschland und die EU auf die russische Aggression nicht entschlossen reagieren, verabschieden sie sich vom Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen in Europa.“ Die schweren Waffen im Donbass und die Versorgung der Separatisten „fallen ja nicht einfach vom Himmel“, betonte Nouripour. „Ohne die Unterstützung des Kremls gäbe es keine besetzten Gebiete in der Ukraine. Es steht außer Frage, dass Präsident Putin maßgeblich den Kurs der Separatisten bestimmt.“ Darüber bestehe in seiner Partei Konsens.

Auch sein Parteifreund Cem Özdemir, möglicher Außenminister der Grünen, hatte Lindners Vorschlag verworfen. Das sei „der falsche Weg für eine verantwortliche und starke deutsche Außenpolitik“. Es klang wie eine Bewerbung.

Für Heinrich Otterpohl wäre ein grüner Außenminister nicht das Wunschergebnis der Koalitionsverhandlungen. Er präferiert eine andere Lösung: „Wenn Herr Lindner seine Forderung wahr machen will, muss er Außenminister werden.“

Peter Koepf ist Chefredakteur dieser Zeitung

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „DIPLOMATISCHE DEALS“

und Tauwetter, Konfrontation und Kooperation einander abwechseln? Auch stellt sich die Frage, wie lange die neue Eiszeit eigentlich dauern soll. Manche sage: viele Jahre, womöglich Jahrzehnte, eine ganze Generation. Doch einfach mit verschränkten Armen dazusitzen und nichts zu tun, wäre eine schändliche Abdankung dessen, was man früher Staatskunst nannte. Man kann lange darüber streiten, wer daran schuld ist, dass es so weit gekommen ist. Putin verschreckte Europa und Amerika, als er seine Idee von „Neurussland“ verkündete; als er den Anspruch erhob, für alle Russen in den Nachbarstaaten zu sprechen; als er ruckzuck den Anschluss der Krim an Russland vollzog und seine „grünen Männchen“ samt schweren Waffen zur Unterstützung der Separatisten in die Ostukraine schickte.

Aber der Westen hat gewiss auch Fehler gemacht. Dazu gehören die bedenkenlose Erweiterung der NATO bis an die russische Haustür; das Versäumnis, den künftigen Status der Ukraine im Einvernehmen mit Moskau festzulegen; das Versäumnis, das Gesprächsangebot des Kremls über eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur und die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums aufzugreifen. Auch die herablassende Art Barack Obamas, Russland als „Regionalmacht“ abzustempeln und Putin mit einem Lümmel zu vergleichen, der sich in der hintersten Bank der Klasse herumfläzt, trug nicht eben zur Verbesserung der Atmosphäre bei.

Das Auseinanderfallen der Sowjetunion Ende 1991 hatte viele zu der Annahme verleitet, Russland werde fortan als Faktor der Weltpolitik ausfallen und sich gefügig und willfährig dem Westen anbequemen. Das war ein Irrtum. Daher sollte uns das Wiedererstarken Russlands nicht überraschen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis es wieder auf den Plan trat – als Weltmacht, die trotz ihrer wirtschaftlichen Schwäche wieder voll im geopolitischen Spiel der Großen steht. Die Turbulenzen des Mittleren Ostens, das Problem Nordkorea, das Vordringen des radikal-islamistischen Terrorismus bedürfen zu ihrer Bewältigung alle der russischen Mitwirkung.

Worauf es jetzt ankommt, ist offensichtlich. Wir müssen die Konfrontation meistern; müssen Eskalation verhindern und bewahren, was es an Zusammenarbeit noch gibt; müssen wieder Vertrauen bilden. Für die Ukraine-Krise heißt dies vor allem, das Minsk II-Abkommen stufenweise verwirklichen und zugleich die Sanktionen stufenweise aufheben. Unverdrossene Diplomatie muss das Schlimmste verhindern.

„Wo bleibt die beherzte diplomatische Initiative?“

Wobei ich bei der Ansicht bleibe, die ich seit langem vertreten habe: dass es unklug ist, die Ukraine in die Zerreißprobe eines ost-westlichen Tauziehens zu treiben. Sie sollte nicht Bastion und Speerspitze entweder der Russen oder der Westeuropäer sein. Ihre natürliche Rolle ist die einer Brücke. Auch denke ich, dass wir zwei Illusionen fahren lassen müssen: dass Moskau die Krim mit dem Marinestützpunkt Sewastopol jemals zurückgeben wird; und dass die Ukraine irgendwann Mitglied der NATO werden könnte, ohne dass das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland dauerhaft vergiftet würde.

Wer immer im Kreml regiert, wird die russischen Interessen auf russische Weise auslegen. Es ist an der Zeit zu erkennen und anzuerkennen, dass wir es nicht mit Putins Russland zu tun haben, sondern mit Russlands Putin.

Wir sollten jedoch über die Ukraine-Krise hinausdenken. Was nottut, ist ein großer Auftritt, ein überwölbendes Konzept, ein *grand design* für die Lösung der Krise. Wo bleibt die beherzte diplomatische Initiative, die der weiteren Eskalation wehrt und neue Strukturen schafft wie 1815 der Wiener Kongress, 1975 die Helsinki-Konferenz und 1990 die Charta von Paris für ein Neues Europa?

Dabei wäre es falsch, den überfälligen Dialog primär dem NATO-Russland-Rat oder den Militärs zu überlassen. Als ich vor 60 Jahren an der Universität Chicago studierte, lernte ich von Hans J. Morgenthau, dem Vater der realpolitischen Denkschule, dass „der militärische Geist nichts von Überredung und Kompromiss weiß, er kennt nur Sieg oder Niederlage“. Zehn Jahre später lernte ich von Jean Monnet, dem Vater der europäischen Integration, dass man den Rahmen der Erwägungen erweitern muss, wenn ein Problem unlösbar scheint. In solch einem größeren Rahmen sollte auch die gesamte Sanktionspolitik überdacht werden. Sie zeigt bisher in der Sache keinerlei Wirkung; sie schadet beiden Seiten; und in unserem Fall treibt sie Russland immer tiefer in die Arme Chinas. Russland war immer der Osten des Westen und der Westen des Ostens. Ich finde es schwer nachvollziehbar, dass ein russischer Präsident, der aus St. Petersburg stammt, dem Vermächtnis Peters des Großen den Rücken kehrt, dem Verwestlicher des russischen Reichs. Die Europäer sollten ihm dazu keinen weiteren Anlass bieten. Seine China-Politik läuft letztlich darauf hinaus, dass Moskau als Juniorpartner Erdöl und Erdgas an den chinesischen Nachbarn liefert, der dabei ist, auf der mit Renminbi gepflasterten neuen Seidenstraße in Russlands zentralasiatischen Hinterhof einzumarschieren. Die alte Idee einer Modernisierungspartnerschaft mit Europa, vor allem mit Deutschland, sollte angesichts dieser Entwicklung neue Zugkraft gewinnen können.

Solange es aber zu einem großen Ausgleich nicht kommt, sollten sich alle Seiten an das halten, was neuerdings „kompartmentalisierte Kooperation“ heißt: Man nimmt hin, dass man sich nicht einigen kann, wo die Interessen auseinanderlaufen, aber man arbeitet Hand in Hand, wo die Interessen übereinstimmen.

Theo Sommer war Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit. *Aktuell ist er Herausgeber der* Security Times.

IMPRESSUM

Verleger
Detlef W. Prinz

Herausgeber
Johann Michael Möller
Witali Nikititsch Ignatenko

Chefredaktion
Peter Koepf
Victor Loshak

Chef vom Dienst
Lutz Lichtenberger

Gestaltung
Paul Maria Kern (Art Director)
Johanna Trapp (Layout)

Druck
Pressedruck Potsdam GmbH
Friedrich-Engels-Straße 24
14473 Potsdam

Verlag
Times Media GmbH
Tempelhofer Ufer 23-24
10963 Berlin

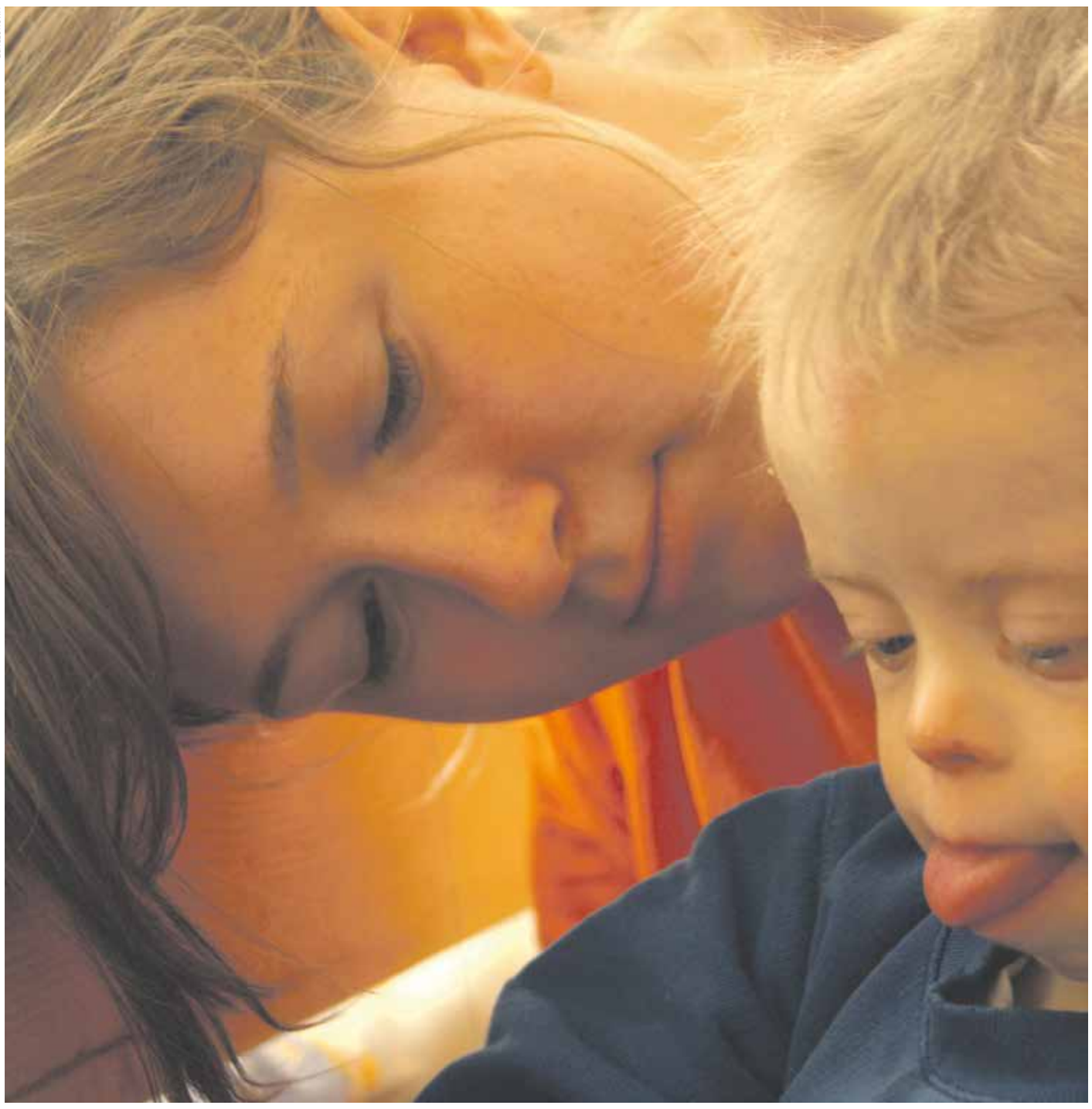
Petersburger Dialog ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH.

www.times-media.de

„Wir wollten einfach den Kindern helfen“

Die deutsche Studentin Margarete von der Borch und Freiwillige gründeten den Wohltätigkeitsverein Perspektivy in St. Petersburg, gemeinsam mit gleichgesinnten Russen veränderten sie Betreuung, Schutz und Rechte von geistig behinderten Menschen in Russland

VON OLGA ALLENOWA



LISA LEONOWA

Geborgenheit, Nähe und Zuneigung fehlen häufig im Umgang mit behinderten Menschen. Freiwillige aus Russland, Deutschland und der ganzen Welt leisten wertvolle Arbeit bei Perspektivy.

Die junge Baronesse war 26 Jahre alt, als sie ihre Liebe zur russischen Sprache entdeckte. Aufgewachsen war Margarete von der Borch auf dem Landsitz ihrer Familie in Westfalen, bevor sie Philologie studierte und ihrer Familie unerwartet mitteilte, es sei ihr Traum, Russisch zu lernen. Die Eltern ließen sie zu diesem Zweck nach St. Petersburg ziehen.

Das war Mitte der 1980er-Jahre. Sie schrieb sich als Studentin der Staatlichen Universität Sankt Petersburg ein. Dort sollte sie russische Freiwillige kennenlernen, die sich um Straßenkinder kümmerten. Im Jahr 1992 mündete das in die Gründung des Wohltätigkeitsvereins „Perspektiven“ in Deutschland. „Meine Freunde und ich waren der Ansicht, dass man in Deutschland Geld sammeln und dies nach Russland in das Kinderhaus für Straßenkinder schicken sollte“, erinnert sich Margarete von der Borch. „Ich hätte mir nie vorstellen können, dass ich das dann 20 Jahre lang tun würde.“

Als Studentin in St. Petersburg lernte Margarete von der Borch den Zivildienstleistenden Dominik Schlun kennen. Der junge Absolvent einer medizinischen Fachschule war dem Kinderkrankenhaus in St. Petersburg zugeteilt worden. Dort lag der fünfjährige Witali Sirotkin mit der Diagnose infantile Zerebralparese und geistige Behinderung. Schlun kümmerte sich hingebungsvoll um den kleinen Witali, und als der Junge in das Heim für geistig behinderte Kinder in Pawlowsk verlegt wurde, erlaubte man seinem Krankenpfleger, ihn zu begleiten. Im Kinderheim hielt man Schlun für den Vater von Witali und wies ihn an, das Kind auszuziehen. So lernte er die Barmherzigkeitsstation des Kinderheims Pawlowsk kennen, wo die Kinder nackt auf Gummiunterlagen lagen, ohne Spielzeug, ohne Kleidung und ohne Kontakt zu Angehörigen.

Dominik Schlun sprach schlecht Russisch, weshalb er sich am gleichen Abend mit Margarete von der Borch in Verbindung setzte und sie bat, mit ihm nach Pawlowsk zu fahren. Er wollte mit der Leitung des Kinderheims sprechen um zu klären, wie man dem kleinen Witali und den anderen Kindern helfen könnte. So kam sie erstmals in das Heim für behinderte Kinder nach Pawlowsk – als Dolmetscherin.

Das Kinderheim war ausgelegt für 600 Kinder, die Barmherzigkeitsstation für 150 schwerstbehinderte. Auf dieser Station war Witali Sirotkin untergebracht. Jede Krankenpflegerin hatte 15 Kinder zu betreuen. Es gab weder Spielzimmer noch Beschäftigungsräume. Die Kinder aßen im Bett, für die Intimpflege wurde ein Scheuerlappen aus einem Eimer benutzt. Für die ganze Abteilung waren zwei Baderäume vorhanden. Es gab keine Windeln und es stank fürchterlich.

Das Erste, was die Deutschen taten: Sie kauften Unmengen von Windeln. Anschließend brachten sie Spielsachen und Rollstühle dorthin, kurzum: alles, was angehende Wohltätigkeitsvereine normalerweise in Kinderheime bringen. Bald schon wurde ihnen jedoch klar, dass sich die Lebensqualität der Kinder in der Einrichtung nicht verbessert, weil sich die Einstellung des Personals zu ihnen nicht ändert. Pro Jahr starben mehr als 50 Kinder.

Margarete von der Borch verschickte Briefe an ihre Bekannten in Deutschland und bat sie, Freiwillige für Pawlowsk zu suchen. Die ersten vier Helfer kamen bereits 1995 ins Kinderheim. Ihnen hatte sich auf der Reise nach Petersburg eine weitere Baronesse angeschlossen, Cornelia von Oppen, Nachfahrin von Bismarck und gelernte Physiotherapeutin. Sie brachte den Freiwilligen und den von Perspektivy engagierten Fachleuten die Grundlagen einer speziellen Gymnastik bei, die es den Kindern ermöglicht, ihren Körper zu spüren und die Welt um sie herum zu sehen. So begannen sie in Pawlowsk daran zu glauben, dass sich selbst schwerbehinderte Kinder entwickeln können.

Von diesem Jahr an verbrachte von Oppen ihren Urlaub in Russland, zweimal pro Jahr, 15 Jahre lang – bis sie starb. Dominik Schlun blieb nach dem Zivildienst noch drei Jahre in Russland und half, Perspektivy zu gründen. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland starb auch er. Witali Sirotkin lebt im Psycho-Neurologischen Internat Nr. 3 in Peterhof.

Hierher kommen nun schon seit 20 Jahren die Freiwilligen von Perspektivy, auch von der Borch ist regelmäßig da, weil sie weiter mit Perspektivy arbeitet. Diese hochgewachsene, grazile Frau drückt einem bei der Begrüßung in Pawlowsk fest die Hand und antwortet auf Fragen mit einem Lächeln und den Worten: „In Wirklichkeit hatte ich nicht vor, hier etwas anzufangen. Das ist eben so passiert. Wir wollten ganz einfach als Rettungsdienst den Kindern helfen, die dort lebten, aber eigentlich langsam gestorben sind.“

Im Jahr 1997 bat von der Borch die russische Psychologin und Expertin für Unternehmensberatung Maria Ostrowskaja, bei Perspektivy Ordnung zu schaffen; sie bot ihr eine halbe Planstelle als Direktorin an. „Ich habe mein ganzes Leben davon geträumt, mit Psychiatrie-Patienten zu arbeiten“, sagt Ostrowskaja. „Nach dem Studium hatte ich eine Stelle in der Skworzow-Stepanow-Klinik für Psychiatrie angenommen. Das war eine ganze geschlossene Stadt mit 30 Gebäuden, in denen die Patienten eingesperrt waren. Ich war bestürzt und fühlte mich vollkommen machtlos, arbeitete dort dann jedoch sieben Jahre. Jahre später, als ich in Pawlowsk war, war ich überwältigt und ich habe mich geschämt. Margarete, Dominik und Cornelia liefen nicht davon, als sie die 600 Kinder sahen, die unter entsetzlichen Bedingungen lebten. Sie fingen einfach an, etwas zu tun. Sie ließen sich nicht davon irritieren, dass dies ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Sie waren bereit, kolossale Mühen für sehr kleine Dinge auf sich zu nehmen. Das beobachte ich häufig bei den Deutschen, das begeistert mich an der deutschen Kultur.“

1999 haben Margarete von der Borch und Maria Ostrowskaja den neuen, nun aber russischen Wohltätigkeitsverein Perspektivy gegründet, der Partner des gleichnamigen deutschen Vereins ist. „Die Deutschen drängen uns nichts auf, sie haben uns lediglich die Möglichkeiten für geistig behinderte Menschen gezeigt. Und als sie uns schließlich von diesen Perspektiven überzeugt hatten, haben sie uns die gesamte Arbeit des Vereins in Russland anvertraut“, erinnert sich Ostrowskaja.

PERSPEKTIVEN E.V.

Die Gründerin des Vereins Margarete von der Borch

Die ersten Freiwilligen schickte der deutsche gemeinnützige Verein „Initiative Christen für Europa“ nach Pawlowsk. Er stand unter der Leitung des Jesuiten-Paters Theobald Rieth, der während des Zweiten Weltkriegs als Freiwilliger an die Front ging. Krieg und Gefangenschaft in Russland veränderten sein Weltbild. Es blieb die Angst vor einer Wiederkehr des Nazismus, deshalb gründete er diesen Verein, dessen wichtigste Mission für ihn ist, junge Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen zusammenzubringen.

So entstand der Gedanke des internationalen Freiwilligendienstes. Im Rahmen der Austauschprogramme haben die „Initiative Christen für Europa“ alljährlich 300 bis 400 Freiwillige in unterschiedliche Länder der Welt entsandt und bei sich aufgenommen. Im Rahmen desselben Programms gingen die ersten russischen Freiwilligen in soziale Einrichtungen Deutschlands. Zehn Jahre lang war dieser Verband Partner von Perspektivy. Als Pater Rieth starb, war der russisch-deutsche Freiwilligenaustausch so etabliert, dass er fortgeführt werden konnte.

In Deutschland wird als Freiwilliger nur bezeichnet, wer ein Jahr freiwillig einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht. Diese Erfahrungen hat sich Perspektivy zu eigen gemacht. Wie beim „Freiwilligen Sozialen Jahr“ kommen Hilfsbereite für ein Jahr nach Russland. Über diese Zeit schließen sie mit dem Verein einen Vertrag. Sie verpflichten sich, wöchentlich 35 Stunden im Heim und im Psycho-Neurologischen Internat zu arbeiten. Pespektivy zahlt ihm für Verpflegung und Reisekosten monatlich 8000 bis 10 000 Rubel. Ein beachtlicher Teil der Mitarbeiter von Perspektivy sind ehemalige Freiwillige des Vereins.

„Jeden Monat schreiben die Freiwilligen in einem Bericht über ihre Erfahrungen“, sagt Maria Ostrowskaja. „Wir sehen auch, wie sie sich verändern. Ihnen wird bewusst, dass sie für ein fremdes Leben etwas Wichtiges leisten. Ein Freiwilliger hat einmal Folgendes geschrieben: ‚Wenn du mit einem Kind in Berührung kommst, das all das nicht hat, was du an Menschen zu schätzen gewohnt bist, dann begreifst du, dass du es mit einer reinen menschlichen Seele zu tun hast, sie hat die gleichen Bedürfnisse wie du und sie freut sich über dich‘.“

Die Kinder beginnen, sich mit den Freiwilligen auszutauschen, die es vermögen, einen Kontakt herzustellen. Das ist nur denen möglich, die ehrlich und offen zu sich selbst sind. Somit lernt der Mensch hier nicht nur anderen zu helfen, sondern auch sich selbst. „Unsere Kinder tun alles langsam. Sie lehren die Freiwilligen Geduld“, sagt Maria Ostrowskaja. „Sie schweigen, doch jeder Ton aus dem Mund eines solchen Kinds trägt so viel Sinn in sich. Das lehrt Feingefühl. Ich glaube, alle diese Eigenschaften sind ein sehr großer Gewinn für einen jungen Menschen.“

Derzeit absolvieren 60 junge Menschen ihr „Freiwilliges Soziales Jahr“ über Perspektivy in Pawlowsk und Peterhof. Sie haben Umgang mit den in den Heimen lebenden Kindern und Erwachsenen, gehen mit ihnen spazieren, in Ausstellungen und Museen, erklären ihnen, welche Rechte sie haben und werden zu Freunden. Im Laufe von 20 Jahren nahmen an diesem Programm 300 Freiwillige teil. Waren unter den Teilnehmern des Programms zu Beginn der 2000er-Jahre hauptsächlich Ausländer, so waren es in den vergangenen fünf Jahren überwiegend Russen. Das Format des Freiwilligenjahrs ermöglicht es Perspektivy, eine ganze Generation von jungen Menschen zu erziehen, die die Orte der Isolation geistig Behinderter mit den Augen eines zukunftsorientierten Menschen betrachten und dort keine „Kranken“ sehen, sondern Mitbürger.

„Derzeit absolvieren 60 junge Menschen ihr Freiwilliges Soziales Jahr über Perspektivy in Pawlowsk und Peterhof.“

Dank der aktiven Aufklärungsarbeit von Perspektivy ist St. Petersburg die erste Region im Land, in der alle Kinder aus Heimen für geistig behinderte Kinder Bildung erhalten. Gestützt auf deren Erfahrungen bemühen sich gesellschaftliche Organisationen im ganzen Land darum, dass Kinder aus den regionalen Heimen für geistig behinderte Kinder in die Schule gehen können. Im vergangenen Jahr hat Perspektivy eine Wohnung in Peterhof und ein Haus in der Siedlung Rasdolje für betreutes Wohnen für erwachsene Behinderte eingerichtet.

Doch die wichtigste und am wenigsten sichtbare Arbeit leistet Perspektivy in den Familien, in denen Kinder mit mehrfachen Entwicklungsstörungen leben. Der Grundgedanke ist, dass Kinder und Erwachsene nicht in Heimen untergebracht werden sollten, sondern in den Familien. Aber es fehlte ein System für deren Unterstützung. Um diesen Familien zu helfen, eröffnete der Verein Tagesstätten, in denen die Kinder auf die Schule vorbereitet werden. Behinderte Erwachsene finden dort eine Beschäftigung. Im Gästehaus kann eine Familie ihr Kind zwei, drei Wochen unterbringen und in dieser Zeit in den Urlaub fahren, etwas für ihre Gesundheit tun oder die Wohnung renovieren.

Im Rahmen des Programms zur Unterstützung von Problemfamilien wurden bereits mehr als 500 Familien betreut, von deren Kindern lediglich zwei in einem Heim untergebracht waren. Die übrigen leben zu Hause. „Wir haben in der Praxis bewiesen, dass die Kinder nicht in einem Heim untergebracht werden müssen, wenn die Familie unterstützt wird“, sagt Maria Ostrowskaja.

Die Unterstützung für geistig behinderte Menschen ist in Russland noch schwach ausgebildet, meint von der Borch. „In Deutschland stellt der Staat Mittel für private Initiativen zur Verfügung. In Russland ist dies leider noch nicht so verbreitet.“

Doch die NGOs in Russland entwickeln sich, und das Leben von Menschen mit Besonderheiten wird auch besser werden. Jeder Mensch, meint von der Borch, hat ein grundlegendes Recht der Wahl, wo er leben möchte – zu Hause oder in einem Heim. Für dieses Recht der Wahl kämpfen derzeit auch zahlreiche russische NGOs.

„Ich bin auf vieles stolz!“, sagt von der Borch und schmunzelt. „In unserem Verein arbeiten Menschen, die für die Sache brennen und an sie glauben.“ Und dann spricht sie, nun wieder ernst, vom Heim für geistig behinderte Kinder und vom Psycho-Neurologischen Internat und hält die langjährigen Kontakte von Perspektivy zu diesen Einrichtungen für eine „große Errungenschaft. Für uns ist wichtig, dass der Verein nicht nur mit den Menschen arbeitet, sondern diese Erfahrungen auch den Kollegen vermittelt und daran mitwirkt, dass das System insgesamt besser wird. Und darauf bin ich auch stolz.“

Olga Allenowa ist Reporterin bei Kommersant.

SHUTTERSTOCK

Ruf der Karibik

Die deutsche Parteienlandschaft muss sich nach der Bundestagswahl neu sortieren. Die Kanzlerin kann bleiben, muss aber eine neue Koalition zusammenführen

VON LUTZ LICHTENBERGER

Erstens: Angela Merkels Union ist bei den Bundestagswahlen zur stärksten Partei gewählt worden. Zweitens: Die Bundeskanzlerin behält ihr Amt. Die beiden Sätze sind nicht falsch, erzählen aber nur sehr oberflächlich, was sich in der deutschen Politik am 24. September ereignet hat.

Immerhin, Merkel kann weiterregieren und CDU/CSU haben zwölf Prozent Vorsprung vor der zweitstärksten Partei. Aber 2013 erhielt die Union noch 41 Prozent der Stimmen, jetzt nur noch 33. Ein herber Verlust und schwerer als in den Wochen vor der Wahl erwartet. Nur 1949 war das Ergebnis noch schlechter ausgefallen.

Der bisherige Koalitionspartner, die SPD, schnitt so schlecht ab wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte: Kann sie mit 20,5 Prozent noch als Volkspartei gelten? Regierungspartei jedenfalls will sie nicht mehr sein. Noch in der Wahlnacht verkündete ihr Spitzenkandidat Martin Schulz, dass die Sozialdemokraten die Große Koalition nicht fortsetzen und in die Opposition gehen wollen.

Die Kanzlerin muss nun eine neue Regierungskoalition schmieden. Es sieht nach Schwarz-Gelb-Grün aus, nach „Jamaika"-Bündnis von bürgerlichen Christdemokraten, marktliberalen Freien Demokraten (FDP) und linksliberaler Umweltpartei (Bündnis90/Die Grünen). Die FDP mit 10,7 und die Grünen mit 8,9 Prozent erreichten gemessen an den Erwartungen gute Ergebnisse.

Ein Bündnis aus drei – wenn man CDU/CSU getrennt betrachtet vier – Parteien gab es im Bund noch nie. Die dem linken Lager zugeordneten Grünen wären zudem die ersten, die sich mit zwei Partnern aus dem eher rechten einlassen. „Der Weg nach Jamaika ist sehr weit", titelte deshalb die Tageszeitung *Die Welt*. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hieß es hingegen: „Jamaika ist keine Weltreise." Die Grünen „packen" laut *Leipziger Volkszeitung* bereits die Koffer, während die *Augsburger Allgemeine* warnt, Jamaika könne „stürmisch" werden.

Die FDP, die vier Jahre lang nicht im Bundestag vertreten war, wird angeführt von dem 38-jährigen Christian Lindner, einem talentierten Rhetoriker. Ihm gelang es, der Partei, die lange mit keinem Programmpunkt außer der Forderung nach Steuersenkungen verbunden wurde, sich als Stimme der marktwirtschaftlich-orientierten und internetaffinen Schichten zu etablieren. Lindner, davon geht das politische Berlin aus, dürfte Finanzminister werden und damit das Haus übernehmen, das eine entscheidende Rolle für die Zukunft der europäischen Währungsunion spielt. (Der bisherige Finanzminister Wolfgang Schäuble wird in der kommenden Legislaturperiode den Posten des Parlamentspräsidenten übernehmen.)

Bei den Grünen, von 1998 bis 2005 Partner von Gerhard Schröders SPD, steht der linke Flügel dem neuen Bündnis äußerst skeptisch gegenüber. Vor allem in der Flüchtlingspolitik ist ihnen Merkels Kurs inzwischen zu restriktiv, sie wollen keine Abschiebungen und keine Einschränken beim Familiennachzug. Ihre innerparteilichen Gegner, die sogenannten Realos wollen nach zwölf Jahren Opposition endlich wieder regieren und mitgestalten. Vor in der Energiepolitik glauben sie Merkels mit dem Atomausstieg eingeleitete Wende sehr viel konsequenter und umfassender voranbringen zu können.

Cem Özdemir, einer von zwei Spitzenkandidaten, rechnet sich zudem gute Chancen aus, neuer Außenminister zu werden. Der Schwabe mit türkischen Wurzeln würde wahrscheinlich für eine schärfere Linie gegenüber ausländischen Autokraten stehen; er legte sich bereits häufiger mit dem türkischen Staatpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan an. Dessen Partei, die AKP, hat vor Özdemirs Ernennung schon einmal gewarnt – Özdemirs Chancen dürfte eine solche Warnung in Deutschland allerdings eher nutzen.

FDP und Grüne werden in den Verhandlungen die Preise für ihre Zustimmung hochzutreiben versuchen, ihren Wählern Verhandlungserfolge präsentieren wollen. Davon dass auch sie am Ende ihr Ticket für den Trip nach Jamaika lösen werden, gehen die Experten in der Hauptstadt aus.

In einer deutlich unerquicklicheren Lage befindet sich die CSU, die bayerische Variante der CDU, die auf ihre formale Unabhängigkeit und ihren Einfluss über das eigene Bundesland hinaus besonders stolz ist. Die CSU musste bei den Wahlen jedoch heftige Einbußen hinnehmen, 38,8 Prozent, mehr als 10 Prozentpunkte weniger als 2013, standen für die Partei in Bayern zu Buche. Damit lassen sich in Berlin nur geringe Ansprüche anmelden.

Lautstark hatte die CSU im Wahlkampf eine Obergrenze für Flüchtlinge und eine generell restriktivere Einwanderungspolitik gefordert, sie wollte sich innerhalb der Union rechts von der Kanzlerin positionieren. Sich in einer Jamaika-Koalition zu profilieren, dürfte für keine beteiligte Partei so schwierig werden wie für die Christsozialen. In ersten Gesprächen nach der Wahl legten sich CDU und CSU auf die Zahl von 200 000 Flüchtlingen pro Jahr fest, versahen diese aber sogleich mit diversen Einschränkungen und Klauseln, um das Wort Obergrenze nicht verwenden zu müssen.

Nüchtern betrachtet gibt es jedoch zur schwarz-gelb-grünen Koalition keine Alternative. Die Partei, die sich als – rechte – Alternative für Deutschland gibt, hat mit ihrem Ergebnis von 12,6 Prozent und dem erstmaligen Einzug in den Bundestag genau dafür gesorgt. Bei einem Scheitern der Koalitionsverhandlungen – und einer SPD, die ihr Wort hält und nicht zur Verfügung steht – blieben nur Neuwahlen. Solche aber, da sind sich Wahlforscher und Politiker einig, würden der AfD noch mehr Zulauf bescherten. Dabei trauen auch ihre Wähler der AfD nicht viel zu, zwei Drittel gaben in Nachwahlbefragungen an, die Partei allein aus Protest gewählt zu haben, wozu neuerliche Wahlen noch mehr Grund böten.

Als Merkel 2005 ihre erste Große Koalition anführte, vertraten Union und SPD 70 Prozent der Wähler. Nach weiteren vier Jahren Zusammenarbeit kommen die beiden Volksparteien nur noch auf 53 Prozent. Was sind die Ursachen? Nicht nur demokratietheoretisch, da waren sich die Parteien einig, sollten Große Koalitionen für Ausnahmefälle reserviert bleiben. Bei aller Neigung zum Konsens im Parlament, wenn die politischen Gegner die Regierung unter sich aufteilen, entsteht im Volk Misstrauen. Die politische Theorie fand in den vergangenen Jahren ihre Bestätigung.

Das große Thema der vergangenen Regierungsperiode war die Flüchtlingskrise. Die AfD gelang es dabei, ein offensichtlich vorhandenes Wutvakuum zu füllen, mindestens eine Position zu formulieren, die sich gegen die großkoalitionäre Einigkeit richtete. Die AfD wurde gefühlt zur einzigen Oppositionspartei, ohne im Parlament vertreten zu sein.

Vor vier Jahren verpasste die frisch gegründete Partei – damals ging es hauptsächlich um die Ablehnung der Euro-Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise – noch knapp den Sprung in den Bundestag. Jetzt ritt die AfD die Empörungswelle, nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen die Ehe für alle, die sogenannte Political Correctness und allgemein gegen „die Eliten" in den „Altparteien", Zeitungsredaktionen und Universitäten.

Angela Merkel steht nun vor einer schwierigen Aufgabe. Sie wird mit vielen Kompromissen politisch und gesellschaftlich sehr unterschiedlich gepolte Gruppen zusammenbringen müssen. Auch in der eigenen Partei wird ihre Durchsetzungskraft nach dem enttäuschen Wahlergebnis nachlassen. Kandidaten für ihre Nachfolge werden sich warmlaufen. Unmittelbar nach der Wahl hatte die Kanzlerin gesagt: „Ich kann nicht erkennen, was wir jetzt anders machen müssten." Unabhängig von den tatsächlichen Fragen, entsprach der Satz nicht der in der Partei erwarteten Zerknirschtheit nach den Stimmenverlusten. Wenige Tage später legte Merkel nach – in typischer Manier, grundsätzliche Fragen lieber in kleineren, weniger ideologisch aufgeladenen Problemfeldern zu betrachten. Wichtig seien in den Koalitionsverhandlungen nun die Themen „soziale Gerechtigkeit, Pflege, äußere und innere Sicherheit und mehr Investitionen". Es müsse in Zukunft um bezahlbare Wohnungen in deutschen Städten und die Menschen in ländlichen Regionen gehen, die Sorge hätten, sozial „abgeschlagen zu werden".

Mit Blick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte stehen Merkel auch historisch schwierige Jahre bevor. Das Ende vom Anfang der Ära Merkel scheint eingeleitet zu sein. Noch einmal hat sie aber auch die Chance, mit einer gänzlich neuen Koalition Deutschland und seine Rolle in der Welt zu prägen.

Lutz Lichtenberger ist Redakteur dieser Zeitung.

Wo endet der Abstieg der SPD?

Die Sozialdemokraten steht nach der Wahl vor existenziellen Herausforderungen – personell, inhaltlich und politisch-strategisch

VON ALBRECHT VON LUCKE

Die Bundestagwahl vom 24. September bescherte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) mit 20,5 Prozent der Stimmen das historisch schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte und damit einen weiteren Tiefpunkt, der aber beileibe nicht der letzte gewesen sein muss. 25 Jahre nach dem Tod Willy Brandts und dem Beginn der marktsozialdemokratischen Ära (Clinton, Blair, Schröder) stellt sich die Frage nach der Zukunft der deutschen Sozialdemokratie in radikaler Weise. 2019 jährt sich die Entstehung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum 150. Mal. Doch momentan ist keineswegs sicher, ob die SPD noch über eine erfolgreiche Zukunft verfügt.

Das belegt bereits der Blick auf ihre europäischen Schwesterparteien: Fast überall befindet sich die Sozialdemokratie im Niedergang – ob in Frankreich, in den Niederlanden oder in Österreich, von Griechenland ganz zu schweigen, wo man bereits den Begriff der Pasokisierung geprägt hat.

Gewiss, jedes Land hat seine Besonderheiten und so ist denn auch die Krise der SPD von ganz eigener Art, nämlich eine gleich dreifache – personell, inhaltlich und politisch-strategisch.

Personell befindet sich die Partei in einer gefährlichen Übergangszeit, was am stärksten der gescheiterte Parteivorsitzende Martin Schulz selbst verkörpert, der ob seiner krachenden Niederlage für eine weitere Spitzenkandidatur nicht mehr in Betracht kommt. Das aber bedeutet: Mit der vierten Niederlage gegen Angela Merkel ist das sofort kanzler(innen)taugliche Personal regelrecht aufgebraucht. Das verweist auf ein zentrales Problem: Gesetzt den Fall, die Koalitionsverhandlungen zu Jamaika scheitern, wer käme dann als nächster SPD-Kanzlerkandidat in Betracht? Die neue, aber noch nicht profilierte oder gar beliebte Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles, der durch das G20-Desaster angeschlagene Hamburger Erste Bürgermeister Olaf Scholz oder gar doch noch Sigmar Gabriel, der erst als Bundesaußenminister taugliche Sympathiewerte erreichte? Alles keine echten Lösungen, kurzum, personell würde die SPD auf dem völlig falschen Fuß erwischt.

Das aber verweist auf die zweite, noch weit grundlegendere Krise, nämlich die inhaltliche: Völlig ausgebrannt nach 15 Jahren Regierungsbeteiligung bedarf die SPD dringend einer fundamentalen Regeneration. Der einstigen Volkspartei kann es nicht genügen, lediglich die letzte verbliebene Funktionspartei der Bundesrepublik zu sein – für die letzte verbliebene kleine Koalition, zu der die vermeintliche „GroKo" mit ihren 53,5 Prozent längst verkommen ist.

Um wirklich wieder erfolgreich zu sein, muss die SPD wieder eine echte politische Alternative darstellen. Daran ist Martin Schulz trotz verheißungsvoller Anfänge in diesem Wahlkampf fundamental gescheitert. Nur mit einer politischen Neubestimmung, als Rückbesinnung auf die Vor-Agenda-SPD, wird die Partei wieder einen glaubhaften inhaltlichen Anspruch auf die Kanzlerschaft erheben können.

Fest steht aber auch: Nach bald zwei Jahrzehnten an der Regierung wird sich die SPD in ihre neue Rolle erst hineinfinden müssen – zumal gegenüber einer Linkspartei, die es gewohnt ist, eine schlagkräftige Opposition darzustellen.

Das aber verweist auf das dritte und vielleicht größte Problem – das politisch-strategische. Das aber ist ein Problem nicht nur der SPD, sondern der gesamten deutschen Linken. Mit dem 24. September hat sich die von Willy Brandt vor 35 Jahren beschworene „Mehrheit jenseits der Union" bis auf Weiteres erledigt. Mit dem klaren Einzug von AfD und FDP in den Bundestag ist die gesamte Republik massiv nach rechts gerutscht; die rechnerische Chance für rot-rot-grüne Bündnisse ist damit auf unabsehbare Zeit vertan.

Nun rächt sich, dass SPD, Grüne und vor allem die Linkspartei während der gesamten Merkel-Ära nicht willens waren, sich auf einen gemeinsamen Regierungskurs zu verständigen oder wenigstens einzulassen. Die letzten bald 20 Jahre, seit dem Abgang Oskar Lafontaines und der Spaltung in SPD und Linkspartei, waren für die deutsche Linke verschenkte Jahre. Von den 41 Prozent für Schröder und Lafontaine im Jahr 1998 sind nur noch 30 geblieben, nämlich 9 für Wagenknecht und knapp 21 für Schulz, Tendenz weiter fallend.

Wie aber kommt die SPD aus dieser fatalen Lage wieder heraus? Wie kann sie wieder eine Volkspartei mit Anspruch auf das Kanzleramt werden?

Martin Schulz, Andrea Nahles und Sigmar Gabriel

MONTAGE: PICTURE ALLIANCE/CHRISTIAN CHARISIUS; IMAGO/HMB-MEDIA; PICTURE ALLIANCE/AA

Misstrauen gegen die Eliten

Selbst wo in Ostdeutschland die von Helmut Kohl versprochenen blühenden Landschaften entstanden sind, entscheiden sich viele Wähler für eine Protestpartei, die AfD. Weshalb? Eine Analyse

VON JOHANN MICHAEL MÖLLER

Der Ausgang der Bundestagswahl hat viele Selbstgewissheiten in Deutschland erschüttert, nicht zuletzt die Überzeugung, dass in unserem Land schon zusammengewachsen sei, was zusammengehört. Der Blick auf die Karte der Wahlergebnisse zeigt das Gegenteil: Der Osten Deutschlands hat deutlich anders gewählt als der Westen, und dieser Unterschied scheint auch für die politischen Einstellungen insgesamt zu gelten. Zumindest im Wahlverhalten besteht die Teilung also fort.

Viele Ostdeutsche, so der übliche Vorwurf, hätten den Anschluss an die demokratische Gesellschaft noch immer nicht gefunden. Doch das ist ein Trugschluss. Er hält einer näheren Betrachtung nicht stand. Die Abkehr von den nicht mehr großen Volksparteien und der Zulauf zur rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) ist in den neuen Ländern zwar weitaus deutlicher ausgefallen als in den alten, aber die Balkendiagramme am Wahlabend täuschen darüber hinweg, wie sehr sich der Protest in Ostdeutschland inzwischen verändert hat.

PICTURE ALLIANCE/MANAF HALBOUNI

Die AfD war bei den Wahlen im Osten besonders erfolgreich. Im Frühjahr hatte der syrische Künstler Manaf Halbouni vor der Dresdner Frauenkirche ein Mahnmal gegen die von der AfD geschürten Abschottungstendenzen errichtet. Es soll eine Brücke nach Aleppo schlagen, wo Bewohner während der Kämpfe hinter solchen Fahrzeugen Schutz suchten. Im November ist die Skulptur in Berlin zu sehen.

Das sind nicht mehr die Nachwehen einer untergegangen DDR, der Phantomschmerz amputierter Lebensläufe und die Verwerfungen einer postkommunistischen Gesellschaft. Die AfD ist auch nicht die neue Partei der Wendeverlierer, wie es der Politikwissenschaftler Ivan Krastev unlängst in der *New York Times* behauptet hat. Der Wahlausgang im Osten ist eher Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewusstseins und des Bestrebens, endlich mitreden zu wollen.

Das hat die gleich nach der Wahl einsetzende Suada der Erklärungsversuche leider verdeckt. In Wahrheit ging es bei dieser Wahl gar nicht mehr um den deprimierten und undankbaren Ossi, der erzogen oder abgestraft werden muss, jedenfalls immer noch nicht in der freiheitlichen Welt angekommen sei und von dem man im Westen inzwischen die Nase voll hat. Was für eine Verkennung der Lage!

Wie sehr sich die politische Einstellung im Osten tatsächlich verändert hat, kann man sich am Beispiel des Südens klarmachen. Dass ausgerechnet die reichen und selbstbewussten Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg der Union einen solchen Dämpfer verpasst haben, zeigt einmal mehr, dass es sich bei diesem Wahlausgang um kein Ost- und schon gar nicht um ein Zurückgebliebenheitsphänomen handelt.

Es sind, was viele Beobachter erstaunt, eben nicht nur die abgehängten und sozial depravierten Landesteile, die zum politischen Resonanzraum der Rechtpopulisten wurden, sondern auch jene mit einer stabilen, traditionsbewussten bürgerlichen Gesellschaft. Das waren jahrzehntelang die Hochburgen der Union. Insofern trifft der Schock dieses Wahlausgangs ganz besonders die CSU, deren Selbstverständnis als legitime Bayernpartei massiv angekratzt ist.

Mit der so anders gearteten Situation in den neuen Bundesländern scheint das zunächst einmal gar nichts zu tun zu haben. Der Osten, das ist nicht nur das Erzgebirge oder die Uckermark, die perforierten Landschaften und schrumpfenden Städte der alten Industrieviere. Der Osten, das ist auch Leipzig, Jena und Dresden, die Ostsee und der Thüringer Wald. Die blühenden Landschaften sind vielerorts wirklich geworden. Und das Gesicht des Niedergangs trägt heute vielfach eher westdeutsche Züge.

Auch in Ostdeutschland gingen die Erfolge der AfD zu Lasten der CDU, der Partei Helmut Kohls und ihrer großen Versprechen. Über Jahrzehnte hat die Union dort das politische Geschehen beherrscht. Doch die Abstände schmelzen gewaltig. In Sachsen steht die AfD jetzt auf Platz eins, eine besondere Demütigung für die christdemokratische Wiederaufbaupartei. Man kann die Ursachen dafür – wie der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf – in eklatanten politischen Fehlern und im blassen Führungspersonal suchen.

Man kann auch an hässliche historische Parallelen erinnern. Tatsächlich gibt es in manchen Regionen Sachsens eine augenfällige Übereinstimmung der einstigen Wahlerfolge der Nazis mit den Hochburgen von Pegida. Und die Anfälligkeit für Fremdenhass und rechtsradikale Parolen ist in diesen Regionen signifikant höher. Aber solche Befunde sollten nicht dazu dienen, die Ostdeutschen generell zu pathologisieren und ihre Anschlussfähigkeit an die liberale Gesellschaft grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Der Osten erhebt eben nicht „seine feindselige Stimme“, wie ein Aufsatzband über den Rechtspopulismus in Deutschland insinuiert.

Aber es ist dennoch erschreckend, wie schnell die alten Klischees der Wendezeit am Wahlabend wieder zur Hand waren, verbunden mit der Forderung: Schluss mit der Nachsicht für Leute, die einfach nicht hören wollen und sich bei dieser Wahl komplett „danebenbenommen“ haben.

In solchem Feldgeschrei geht unter, wie sehr sich der Protest in Ostdeutschland inzwischen verwandelt hat. Nicht mehr der alte verstockte „Jammer-Ossi“ habe bei dieser Bundestagswahl AfD gewählt, schreibt die junge Dresdner Journalistin Anne Hähnig in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Diese Wahl sei auch „kein Akt der Verzweiflung“ gewesen, sondern einer „der gefühlten Emanzipation“. Aus dem leisen Jammern wurde Protest, am lautesten gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik, und die so Protestierenden hätten die Demokratie sehr wohl verstanden. Das sind andere Töne.

Tatsächlich scheint sich das Wählerverhalten in den neuen Ländern gravierend verändert zu haben, was neben der CDU vor allem die ehemalige PDS und heutige Linkspartei zu spüren bekam. Schätzungsweise 400 000 Wähler musste sie an die Rechtspopulisten abgeben, was sie im Osten zur eigentlichen Verliererin dieser Bundestagswahl macht.

Über Jahrzehnte war sie die Partei der alten Kader, der Wendeverlierer und der DDR-Nostalgiker. Sie war der politische Schutzraum für alle, die sich im vereinten Deutschland nicht wiederfanden oder mit der freien Gesellschaft nicht zurechtkamen. In dieser Funktion konnte die Linkspartei lange Zeit als Regionalpartei und Vertreterin der ostdeutschen Interessen auftreten. Diese sehr spezielle Verbindung von Diktaturerbe und regionalem Sonderbewusstsein beginnt sich offenbar aufzulösen, und das umso schneller, je mehr diese Partei im deutschen Parteiensystem ankommt. Als Stimme des Ostens ist sie jedenfalls leise geworden.

Der Protest aus den blühenden Landschaften sieht inzwischen anders aus: Der Umstand, dass er sich einer rechtspopulistischen Partei bedient, folgt einer sehr eigenen Logik und ist vielleicht eine Wiederholung der friedlichen Revolution. Das Misstrauen gegenüber staatlichen Autoritäten und Eliten war jedenfalls ein Erbe der DDR und prägt den nichtkonformistischen Teil der Ostdeutschen bis heute. Er könnte ein Grund dafür sein, warum dieser ausgerechnet mit dem antielitären Narrativ der AfD sympathisiert. Hier wächst wohl etwas zusammen, was eigentlich gar nicht zusammengehört.

Es gibt in der ostdeutschen Bevölkerung diese antiautoritäre Grundschwingung, und es gibt ein ausgeprägtes Misstrauen gegen „die da oben“. Anne Hähnig schreibt: „Ossis sind aufgewachsen in dem Wissen, dass sie Eliten gegenüber misstrauisch sein müssen, und wer dieses Misstrauen in sich hat, der wird es kaum los.“

Doch die neue Generation im Osten versteckt sich nicht mehr, sie geht auf die Straße. Sie will öffentlich mitreden und sie will von der Politik gehört werden. Dafür braucht sie keine vormundschaftliche Partei mehr wie die Linke. Nicht Wut und Enttäuschung von Abgehängten habe dieses Wahlergebnis beschert, heißt es daher folgerichtig in einem Dresdner Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, sondern der Wunsch mündiger Bürger nach „echter Opposition“. Dass sie sich dafür einer populistischen und in Teilen offen rechtsradikalen Partei bedienen, ist bedauerlich. Dass aber die Ostdeutschen immer noch nicht in der Demokratie angekommen seien – dieser Vorwurf geht eben fehl.

Johann Michael Möller ist Herausgeber dieser Zeitung.

Dafür wird das Bemühen der SPD allein nicht reichen; dafür bedarf es der gesamten Linken – übrigens auch deshalb, weil die SPD über gar keinen nennenswerten linken Flügel mehr verfügt, jedenfalls nicht in relevanten Positionen. Abgesehen von der ursprünglich linken, aber inzwischen längst eher zentristisch agierenden Fraktionsvorsitzenden machen die rechten Seeheimer und Netzwerker die relevanten Posten unter sich aus.

SPD und Linkspartei müssten daher die gemeinsame Zeit in der Opposition dafür nutzen, endlich ihr pathologisches Verhältnis zueinander aufzuarbeiten. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die linke Tragödie, der Bruderzwist der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als Farce wiederholt, ausgetragen zwischen Schröder-SPD und Lafontaine-Linkspartei.

Die gesamte Linke muss endlich die Konsequenzen aus den vertanen Jahren ziehen und von der Konfrontation zur Kooperation übergehen. Aus einem höchst destruktiven Verhältnis muss ein konstruktives werden, getreu der alten Erfolgsmaxime der CDU/CSU: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“. Vertieft sich die Spaltung der Linken dagegen weiter, hätte dies für die SPD fatale Konsequenzen: Sie würde weiter zerrieben zwischen Linkspartei und AfD, die sich auf den Posten der Systemopposition zurückzieht.

Weitere zwei Jahrzehnte ohne eigene politische Gestaltungsoption kann sich die deutsche Linke jedoch nicht leisten. Denn offensichtlich befindet sich nicht nur die SPD, sondern die ganze Republik in einer historischen Übergangszeit. Mit den Koalitionsverhandlungen zu Jamaika befinden wir uns im koalitionären Niemandsland. Die Krise der deutschen Demokratie, die im Aufstieg der AfD wie in der höchst unsicheren ersten Vier-Parteien-Koalition zum Ausdruck kommt, verlangt dringend nach einer gestaltungs- und regierungsfähigen SPD.

Gleiches gilt für die Krise der Europäischen Union. Um die schädliche deutsche Hegemonie in Europa endlich zu beenden, besteht gegenwärtig die Chance, im Duo mit Emmanuel Macron die deutsch-französische Achse neu zu beleben. Auch dafür bedarf es dringend einer handlungsfähigen Regierung. Die SPD stünde dabei zweifellos an der Seite eines hoffentlich wieder erstarkenden Frankreichs. Ob für eine Jamaika-Koalition das Gleiche gelte, bleibt abzuwarten.

Fest steht aber auch: Sollten am Ende doch nur Neuwahlen übrigbleiben, wäre dies gewiss keine gute Lösung der verfahrenen Lage. Denn spätestens dann käme es für die SPD zum Schwur – personell, inhaltlich und strategisch. Und dann würde sich schnell erweisen, ob die 20,5 Prozent vom 24. September tatsächlich das historisch schlechteste Ergebnis der SPD gewesen sind oder nur ein kurzer Halt auf der rasenden Fahrt nach unten.

Albrecht von Lucke ist Politikwissenschaftler und Redakteur der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik.

Millionen von Landwirten weltweit …

… verlassen sich für ihren Lebensunterhalt auf den Boden. Und mit unserer Hilfe ist er auch für künftige Generationen ertragreich.

CLAAS ist ein weltweit führender Anbieter von Agrartechnik. Unsere hochzuverlässigen Maschinen sind genau auf die Bedürfnisse von Landwirten weltweit abgestimmt.

Sie überzeugen unter anderem mit
– Fahrwegtechnik für maximalen Grip und minimale Bodenverdichtung.
– branchenführender Energieeffizienz und Emissionsreduzierung.
– präziser Steuerung, die Überschneidungen verhindert und Überfahrten reduziert.
– Navigationssystemen, die für ganze Fahrzeugflotten die kürzesten Wege finden.
– Erntemaschinen, deren Abfallstoffe als Humus dienen.

Die Zukunft nachhaltiger Ernte.

CLAAS

claas.com

Umwelt schützen, Wirtschaft stärken

Russlands Regierung steht zu den internationalen Klimazielen, hält sich bei den UN-Konferenzen aber zurück. Zu stark sind die Skepsis gegenüber der Wissenschaft und der Einfluss der fossilen Wirtschaft. Dabei birgt gute Klimapolitik große ökonomische Chancen

VON BERNHARD PÖTTER

PICTURE ALLIANCE/YURI KOCHETKOV/EPA/DPA

Alles Ständische und Stehende verdampft: Kraftwerke in Moskau, aufgenommen vom Dach des Oko Towers.

Eis und Schnee in der Arktis schmelzen schneller als erwartet", warnte Finnlands Botschafter für die Arktis, Harri Mäki-Reinikka, als sein Land im Mai den Vorsitz des „Arktischen Rats" übernahm. „Die Temperaturen könnten um vier bis sechs Grad steigen." Dass die Präsidenten der USA und Russlands anzweifeln, dass das Klima sich ändert und dies von Menschen verursacht wird, bereitet ihm Sorgen. „Beim Klima wird es deshalb sehr schwierig, Fortschritte zu erzielen."

Mäki-Reinikka bezog sich auf die Weigerung der US-Regierung, den wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel anzuerkennen und die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, das Land werde das Pariser Abkommen zum Klimaschutz aufkündigen. Aber Finnland macht sich auch Sorgen um seinen Nachbarn Russland. Denn kurz zuvor hatte dort Präsident Wladimir Putin ebenfalls Zweifel angemeldet, ob die Wissenschaftler mit ihren Kenntnissen zum Klimawandel richtig lägen. „Die Gegner dieser Ansicht sind überhaupt nicht dumm", hatte Putin bemerkt.

Kurz vor der nächsten UN-Klimakonferenz (COP23), die vom 6. bis zum 17. November in Bonn stattfindet, erscheint Russland damit wieder als unsicherer Kantonist auf der Weltbühne der Klimapolitik. Moskau hat den Prozess nie wirklich gebremst, aber auch nicht aktiv vorangebracht. Es hat das Pariser Abkommen unterzeichnet, zögert aber mit der Ratifizierung. Es hat schon früh Emissionen reduziert, feilscht aber seit Jahrzehnten um Sonderrechte in der Klimapolitik. Das riesige Land zeigt gleichzeitig Chancen und Risiken im Klimawandel: Es stellt einen Großteil der globalen Wälder, die CO_2 speichern. Und es beherbergt eine der gefährlichsten potenziellen Kohlenstoff-Bomben, den auftauenden Permafrostboden in Sibirien.

Wie bei kaum einem anderen Land liegen für die Russische Föderation Vor- und Nachteile des Klimawandels eng zusammen. „Er bringt bessere Bedingungen und verbessert das wirtschaftliche Potenzial dieser Region", sagte Präsident Putin im März auf einem Arktischen Gipfel in Archangelsk. Zehn Prozent der russischen Wirtschaftsleistung kämen aus der Arktis – wärmere Winter sorgen für bessere Bedingungen bei der Gas- und Ölsuche, die Arktis wird früher schiffbar. Anders als westliche Ölkonzerne hat Russland seine Ölsuche im nicht mehr so ewigen Eis des Nordens nicht aufgegeben. Auch weiter südlich erwarten die Russen Vorteile, wenn es wärmer wird: Der auftauende Boden könnte Ackerbau weiter nördlich als bislang ermöglichen, womöglich steigen die Erträge aus der Holzwirtschaft; Heizkosten sinken und die Zahl der Kältetoten geht zurück, wenn die Winter milder werden.

„Unter Putin gilt Klimapolitik offensichtlich als Verhandlungsmasse auf dem internationalen Parkett."

Aber der Klimawandel ist auch eine Bedrohung. Medienberichte aus Russland bestätigen die Warnungen, die der Weltklimarat IPCC für die nördlichen Breiten seit Jahren formuliert. Das Wissenschaftsmagazin *Science* berichtet, in den vergangenen 25 Jahren habe sich die Zahl der Extremwetter-Ereignisse wie Überschwemmungen und Hitzewellen auf 590 im Jahr 2016 verdoppelt. Allein in der Region rund um Moskau mit ihren 20 Millionen Einwohnern erwartet die Stadtregierung im Jahr 2025 Schäden durch den Klimawandel von mehr als vier Milliarden Dollar jährlich.

In diesem Sommer vernichteten Brände 4,6 Millionen Hektar Wald in Sibirien, es gab schwere Überflutungen im Osten des Landes. Berichte von der Halbinsel Kamtschatka sprechen von steigendem Meeresspiegel und schwindender Artenvielfalt, Probleme wie sie etwa aus Alaska bekannt sind. Und bereits 2010 erlebte Russland eine ungewöhnliche Hitzewelle mit Waldbränden bis kurz vor Moskau, die in der Region zu 11000 zusätzlichen Todesfällen führte, vor allem bei alten und kranken Menschen. „Der Klimawandel ist eine reale Bedrohung für Russland", sagt Larisa Korepanova vom Ministerium für Natürliche Ressourcen gegenüber *Science*. „Das Land und seine Regionen müssen sich dringend darauf einstellen."

Das wird nicht einfach. Denn die politische Ökonomie Russlands ist fest mit den fossilen Brennstoffen verbunden, die den menschengemachten Klimawandel verursachen. Nach einer aktuellen Studie der Industrieländer-Organisation OECD finanzierte 2011 allein der Petroleum-Sektor 28 Prozent des Staatsbudgets. Die Abhängigkeit von Kohle, Gas und Öl ist aber möglicherweise noch viel größer. „Insgesamt machen die Erträge aus fossilen Energien an den Einnahmen der Regierung etwa zwei Drittel aus", sagte bereits 2015 George Safonov, Energieexperte am Zentrum für Umwelt und Naturressourcen RANEPA in Moskau. Die Staatsnähe von Konzernen wie Gazprom oder Rosneft führt dazu, dass politische Ziele beim Klimaschutz leicht mit wirtschaftlichen Interessen der Rohstoffindustrie kollidieren können.

Auch deshalb bekommt Russlands Rolle im globalen Klimaschutz das denkbar schlechteste Urteil: Mit „völlig unzureichend" bewerten die Experten vom Climate Action Tracker die russische Klimapolitik. Die Gruppe aus Wissenschaftlern und Klima-Thinktanks erstellt regelmäßig eine Rangliste der Klimapolitik für alle wichtigen Länder. „Als einer der größten Verursacher von CO_2-Emissionen und Produzent von fossilen Brennstoffen hat Russland ein großes Potenzial, Emissionen zu verringern", heißt es in der Bewertung. Allerdings ist das Land der einzige große CO_2-Verschmutzer, der das Pariser Abkommen noch nicht ratifiziert hat.

Die russischen Klimapläne beurteilt Climate Action Tracker als schwach. Sie sehen zwar eine Reduktion der Klima-Emissionen um 25 bis 30 Prozent bis 2030 vor. Aber weil das Referenzjahr 1990 ist, war dieses Ziel nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft in den Jahren danach bereits erreicht, gar überschritten. De facto ist deshalb sogar eine Steigerung des jetzigen Ausstoßes erlaubt. Das, so Climate Action Tracker, sei „nicht zu vereinbaren mit den Anstrengungen, die es braucht, um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, den Klimawandel global deutlich unter zwei Grad zu halten".

Dabei wäre eine Dekarbonisierung der russischen Volkswirtschaft, also der Abschied von fossilen Brennstoffen, mittelfristig durchaus machbar. Das Land hat riesige Potenziale an grüner Energie, Biomasse und Windkraft können sauberen Strom erzeugen. Die Industrie hat große Potenziale, um mit Effizienzfortschritten Energie zu sparen.

„Russland kann 80 Prozent seines Energiebedarfs aus Erneuerbaren herstellen", sagt George Safonov von RANEPA in Moskau. Aber das hieße eben auch ein Ende für sein Wirtschaftsmodell als Exportland von Öl und Gas und Widerstand von der fossilen Lobby. Safonov arbeitet in einem internationalen Projektverbund über „Pfade zur tiefen Dekarbonisierung" (DDPP), das 2015 zur Klimakonferenz in Paris die Chancen für grünes Wachstum für die 16 wichtigsten Länder vorstellte. Heute gibt es für fast alle dieser Länder Fahrpläne zum Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas – nur nicht für Südkorea und für Russland.

Unter Präsident Putin gilt Klimapolitik offensichtlich als Verhandlungsmasse auf dem internationalen Parkett. Zwar hat Moskau betont, man stehe zum Pariser Abkommen, aber die öffentlichen Zweifel an der Wissenschaft und das langsame Vorgehen bei der Ratifizierung machen Russland möglicherweise zu einem Partner der Trump-Regierung. Bei der Klimakonferenz in Bonn werden sich alle Augen auf die US-Delegation richten. Denn noch ist völlig unklar, wie genau der amerikanische Kurs aussehen wird: Blockieren die USA die Gespräche, schauen sie nur zu oder arbeiten sie bis zu ihrem Ausstieg in drei Jahren noch mit?

Die Konferenz in Bonn wird keine großen Ergebnisse bringen wie in Paris 2015. Das Treffen unter der Präsidentschaft von Fidschi (man trifft sich in Bonn, weil dem Inselstaat die finanziellen und logistischen Mittel für eine Konferenz mit 20000 Teilnehmern fehlen) muss einige Regeln festlegen, wie das Abkommen von 2015, das 2020 in Kraft tritt, umzusetzen ist. Es wird darum gehen, wie arme Staaten finanzielle Hilfen bekommen können, wann die Wissenschaftler ihre Ergebnisse präsentieren, was für eine Begrenzung des Klimawandels auf 1,5 Grad noch zu tun wäre – und wie die Klimapläne der einzelnen Länder dafür verbessert werden müssten.

Moskau könnte mit seiner Skepsis gegenüber der Wissenschaft, seiner politisch gewollten Langsamkeit bei der Umsetzung des Abkommens und seiner ökonomischen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu dem einen großen Partner werden, den US-Präsident Donald Trump braucht, um die Klimaverhandlungen zu torpedieren. Die beiden Kohlenstoff-Supermächte stünden damit dem Rest der Welt gegenüber, der unter der Führung von China auf schnellen Klimaschutz und einen Umstieg auf Öko-Energien setzt.

Alexey Kokorin, Klimaexperte des Umweltverbands WWF Russland, sieht diese Gefahr nicht: „Die russische Haltung ist paradox. Die Regierung leugnet, dass der Klimawandel menschengemacht ist und dass sie die Emissionen reduzieren muss. Gleichzeitig hat sie nichts dagegen, die Wirtschaft zu dekarbonisieren – weil sie dort die Märkte der Zukunft erhofft." Kokorin erwartet, dass Russland seine „Vogel-Strauß-Politik" fortsetzt und international nicht aktiv wird. „Aber sie setzen stark auf Anpassung an den Klimawandel."

Dabei hat sich in den letzten Jahren gerade die Wirtschaft als Treiber der Klimapolitik erwiesen. Trotz aller Widerstände ist die Welt in den letzten Jahren erstaunlich weit vorangekommen. Die weltweiten CO_2-Emissionen sind seit drei Jahren nicht mehr gestiegen. Der Bau von neuen Kohlekraftwerken, die klimaschädliche Emissionen über ihre Lebensdauer von 40 Jahren zementieren, ist rapide zurückgegangen – allein in China und Indien, den großen Wachstumsmärkten, wurden 120 Projekte im Bau gestoppt oder in der Planung verworfen, der Neubau von Kohlekraftwerken ist eingebrochen. China setzt auf Elektromobilität und hat für 2019 eine Quote angekündigt, nach der Autohersteller auf dem wichtigsten Markt weltweit hohe Stückzahlen von E-Mobilen verkaufen müssen.

All das passiert weniger aus Angst vor dem Klimawandel, sondern aus ökonomischer Vernunft. Die Preise für Öko-Energien wie Wind und vor allem Solaranlagen sind so weit gefallen, dass neue Kraftwerke in vielen Ländern der Welt wie Mexiko, Chile oder den Arabischen Emiraten billiger aus Sonnenkraft als aus Kohle zu befeuern sind. Zum ersten Mal wurden 2016 mehr neue Kapazitäten für Solarenergie als für Kohle gebaut, meldet die Internationale Energieagentur IEA in Paris. Für sie ist eine „Zeitenwende" erreicht, in der grüne Energien immer wichtiger werden.

Dem Erfolgskurs der Erneuerbaren wollen sich in Bonn die USA entgegenstellen. Aber große amerikanische Unternehmen wie Apple und Unilever, wichtige US-Staaten wie Kalifornien und hunderte von Städten haben bereits erklärt, sie würden das Pariser Abkommen umsetzen, egal, was das Weiße Haus sagt und tut. Ähnliches Engagement fürs Klima hört man bisher von russischen Konzernen oder Städten nicht.

Bernhard Pötter ist Umwelt-Redakteur mit Schwerpunkt Klima und Energie bei der tageszeitung (taz) *in Berlin.*

Begrenzte Zukunft

Das Internationale Petersburger Gasforum diskutiert, wann das Geschäft mit Gas zu Ende sein wird

VON JURIJ BARSUKOW

Der Juristische Dienst des Europarats hat Ende September in einem Gutachten die Argumente der EU-Kommission gegen das Projekt Nord Stream 2 zurückgewiesen. Das war ein wichtiges und erfreuliches Thema auf dem Petersburger Gasforum, auf dem sich für gewöhnlich die Partner von Gazprom zusammenfinden. Diese juristische Bewertung wird allerdings schwerlich sämtliche Probleme des Projekts lösen.

Die Teilnehmer der Plenartagung, darunter mit dem CEO der österreichischen OMV, Rainer Seele, und der Chef des deutschen Uniper, Klaus Schäfer, zwei Vertreter von Unternehmen, die an Nord Stream 2 beteiligt sind, sparten diese Tatsache in ihren Reden auch nicht aus. „Versteht jemand, warum sich die EU-Kommission überhaupt Fragen widmet, mit denen sich die Europäische Union nicht befasst? Warum unterstützt die Kommission lediglich Projekte, die keinen Nutzen bringen und ignoriert dabei andere Projekte zum Gastransport?“, fragte Seele rhetorisch.

„Ich unterstütze entschieden Nord Stream 2“, erklärte Schäfer. „Es gibt viele Infrastruktur-Projekte, die aus staatlichen Mitteln finanziert werden, also der Steuerzahler bezahlt, und wenige Projekte, die auf Kosten der Unternehmen realisiert werden. Damit spielte Schäfer darauf an, dass nahezu sämtliche Gasleitungen und Terminals für die Annahme von verflüssigtem Gas in Europa zum Teil aus europäischen Programmen finanziert werden.

Ein weiteres Thema des Forums waren die Rekordlieferungen von Gazprom nach Europa im vergangenen Winter. Laut Seele konnte Europa die Kälte nur dank Gazprom in den Griff bekommen. Schäfer unterstrich, dass die Verringerung des Anteils der Kohle und der Atomenergie in der Energiebilanz der EU und die Reduzierung der europäischen Gasfördermenge „nicht allein mit erneuerbaren Energien aufgefangen werden kann. Die Lösung kann nur die Gasgewinnung sein.“

Maarten Wetselaar, Vorstandsmitglied von Shell, ließ vernehmen, russisches Gas sei „wie Wodka, es gibt zwei Sorten, guten und sehr guten“. Darauf erwiderte der stellvertretende Vorsitzende des Gazprom-Vorstands Alexander Medwedew, dass das Unternehmen bereits heute mehr als die Hälfte des Zuwachses des europäischen Gasimports sicherstellt und jederzeit bereit ist, die Lieferungen aufzustocken.

Gedämpfteren Optimismus zeigten die Experten bei den Gesprächen am Rande des Forums hinsichtlich der Zukunft des europäischen wie des globalen Gasmarkts. Kein Geheimnis ist, dass der Markt immer globaler wird und die Gaspreise in Nordamerika, Europa und Asien sich angleichen werden. Wladimir Drebenzow, Chefvolkswirt von BP für Russland und die GUS, wies darauf hin, dass das Fördervolumen bei Gas pro niedergebrachter Bohrung in den USA in den vergangenen zwei Jahren stark gestiegen sei, Ausdruck höherer Effizienz. Das führe dazu, dass die Preise auf dem amerikanischen Markt gehalten oder sogar gesenkt würden. Dies werde den Export von verflüssigtem Gas aus den USA befördern, was letztendlich nicht nur zu einer Konvergenz der Preise in verschiedenen Regionen der Welt führe, sondern auch dazu, dass es auf den einzelnen Märkten keine Preisunterschiede mehr geben werde.

Selbst wenn es keine vollständige Konvergenz gibt, „der Wettbewerb zwischen den Lieferanten nimmt zu und auf dem Markt wird sehr viel Gas angeboten werden“. Gazprom kann daraus wenigstens den Nutzen ziehen, dass die Alternative in Form von verflüssigtem Gas es den Europäern ermöglicht, weiterhin russisches Gas einzukaufen, ohne sich über eine übermäßige Abhängigkeit von dieser Lieferquelle Sorgen machen zu müssen.

Ein größeres Problem besteht darin, dass vor dem Hintergrund des Kampfs gegen den Klimawandel das Gas in die Klasse unerwünschter fossiler Brennstoffe eingeordnet wird. Besonders in Europa wird es als schmutziger Energieträger wahrgenommen, dessen Nutzung im Zuge der Entwicklung erneuerbarer Energien eingestellt werden muss. In Europa haben die erneuerbaren Energien, für welche die Regierungen Zuschüsse zahlen, das Gas aus der Stromerzeugung bereits erheblich verdrängt.

ULLSTEIN BILD/JENS KÖHLER

Eine Pipeline und ihre Folgen: Bauern auf der Insel Rügen protestieren gegen die Renaturierung von Ackerland zur Kompensation für den Bau der Gaspipeline. Nordstream 2 soll in der Ostsee verlegt werden.

Auf den asiatischen Märkten, die für Gas die höchsten Preise zahlen, profitiert unter gleichen Wettbewerbsbedingungen Solarenergie gegenüber Gas. „Die Perspektiven für Gas sehen in einem Zeithorizont von 20 bis 30 Jahren nicht gut aus“, räumte ein Top-Manager eines großen europäischen Energieunternehmens ein.

Neben der Konkurrenz durch die erneuerbaren Energien ist Gas einem starken Druck seitens der Kohle ausgesetzt. Die Gesprächspartner bei Gazprom bekennen, dass die Rekordlieferungen im Winter und in diesem Jahr in vielerlei Hinsicht durch den Anstieg der Weltpreise für Kohle infolge der Schließung eines Teils der Gruben in China ausgelöst wurden und es bei der Energieerzeugung in Europa günstiger geworden ist, Gaskraftwerke und nicht Kohlekraftwerke auszulasten. Diese Tendenz zu konsolidieren, ist wohl kaum möglich, ohne Gebühren für Emissionen („Kohlenstoffsteuer“) einzuführen, worauf sich die Regierungen in Kontinentaleuropa einstweilen nicht einlassen.

Insgesamt, so Wladimir Drebenzow, spricht man in Expertenkreisen derzeit immer häufiger von einem „Spitzenverbrauch von Gas“ in Anlehnung an den Spitzenverbrauch von Öl *(peak oil),* wonach der Erdölverbrauch in der Welt in absoluten Zahlen wegen des Übergangs zu anderen Energieträgern und zunehmender Energieeinsparungen zurückgeht. Der Spitzenverbrauch an Erdöl, heißt es, sei bereits erreicht.

Bei Gas war davon vor einigen Jahren noch nicht die Rede. Aber das könnte, so meinen Experten, in 25 bis 50 Jahren eintreten. Diese Vision kann den Wettbewerb zwischen den größten Gasproduzenten verschärfen. Für Gazprom, das bei der aktuellen Fördermenge bei den erkundeten Gasvorräten für ungefähr die nächsten 60 Jahre abgesichert ist, könnte das heißen, dass das Unternehmen nicht alle diese Vorräte kapitalisieren kann.

Jurij Barsukow ist Korrespondent der Zeitung Kommersant.

- Nachhaltigkeit als Unternehmensvision
- Zuverlässige Versorgung von Schlüsselindustrien mit Industriemineralien
- Innovative Produkte – traditionelle Werte
- Soziale Verantwortung für Mitarbeiter und Nachbarn
- Ausgezeichnet für Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt

www.quarzwerke.com

Quarzwerke
A FAMILY ENTERPRISE SINCE 1884

Was wäre toll an Kanzler Putin?

Dem russischen Schriftsteller Wladimir Woinowitsch (85), 1980 aus der UdSSR ausgewiesen, wurde ein Jahr später die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen. Woinowitsch zog nach München. **Andrej Archangelskij,** *Korrespondent der Zeitung* Kommersant, *sprach mit Woinowitsch über die innige Verflechtung zweier Kulturen und seine Gespräche mit Mitgliedern der AfD.*

Petersburger Dialog: Ihr Leben ist seit dem Jahr 1980 mit Deutschland verbunden. Vermutlich fühlten Sie sich verloren, wie es jeder Mensch wäre, der aus seiner Bahn geworfen wird. Was waren Ihre ersten Eindrücke? Können Sie uns diesen Moment beschreiben?

Wladimir Woinowitsch: Als ich das erste Mal nach Deutschland kam, fühlte ich mich zunächst seltsam. Ich gehe durch die Passkontrolle, sehe die Leute hinter dem Abfertigungsschalter stehen, die mich abholen: der Schriftsteller Wiktor Nekrasow (als er die UdSSR verließ, hatte ich das Gefühl, ich sage ihm für immer Lebewohl), Bekannte, ausländische Freunde, unter ihnen eine Deutsche, zwei Italiener, zwei Polen. Ich hatte das Empfinden, ins Jenseits geraten zu sein, wo man mich in Empfang nimmt. In Wirklichkeit hatte ich ja schon vermutet, dass man mich letztendlich aus der UdSSR hinauswirft, war aber darauf trotzdem nicht gefasst.
Was danach geschah, habe ich mit einer Spur Absurdität wahrgenommen. Man brachte uns in einem sehr guten Hotel in München unter, im Splendid, in dem schon berühmte Leute wie Ernest Hemingway abgestiegen waren.
Irgendwann hat die Hotelmanagerin von ihrem ersten Eindruck erzählt: Unbekannte Leute, dem Äußeren nach recht gut angezogen, seien in einem teuren Hotel abgestiegen, in deren Gesichtern sich Verzweiflung und Unglück spiegelte. Und zwar in einem solchen Maße, dass sie, nachdem sie uns an manchen Tagen das Frühstück gebracht hatte, sich in ihrem Büro eingeschlossen und geweint habe.
So einen Eindruck machten wir damals.

Wie war Ihre Bekanntschaft mit der deutschen Gesellschaft und den Medien?

Das Ganze begann kurios. Als ich nach Deutschland übersiedelte, war mein „Tschonkin“ bereits in 30 Sprachen übersetzt und ich schien im Ausland ziemlich bekannt zu sein. Zu jener Zeit war ich bereits vier Jahre Mitglied der Bayrischen Akademie der Schönen Künste. Nach einem Auftritt dort umringten mich Journalisten und stellten mir Fragen. Ich erzählte ihnen, dass ich in der Tadschikischen Sozialistischen Sowjetrepublik geboren, dann lange Jahre als einfacher Arbeiter gearbeitet, in der Armee gedient und danach Schriftsteller geworden sei. Am nächsten Morgen

„Schlagartig wurde mir bewusst, dass ich mich auf Deutsch verständlich machen kann.“

stand in fast allen Zeitungen zu lesen: „Wladimir Woinowitsch, ein einfacher tadschikischer Arbeiter, schrieb einen Roman und wurde aus der Sowjetunion vertrieben“.
Ich wollte das richtigstellen. Da sprach mich ein Korrespondent des *Sterns* an. Sie wollten über mich einen Essay schreiben. Dieser Journalist kam zu mir aufs Land, blieb eine Woche und ich habe ihm unter anderem folgende Episode aus meinem Leben erzählt. Ich wurde an der Literaturhochschule abgelehnt, weil man der Meinung war, dass mein serbischer Familienname jüdisch sei, da er auf „itsch“ endet. Er schrieb in dem Essay, dass man mich nicht an der Hochschule immatrikulierte, weil ich Jude bin. Seit dieser Zeit wird über mich Folgendes geschrieben: „Wladimir Woinowitsch, ein einfacher tadschikischer Arbeiter, der mit einem jüdischen Familiennamen belastet ist, war gezwungen, aus der UdSSR zu flüchten.“ Ich muss noch anfügen, dass meine entfernten serbischen Verwandten von meiner Ankunft in Deutschland sehr begeistert waren und hofften, dass wir uns sehen würden. Nach diesem Artikel schrieben sie mir bedauernd, dass vielleicht unsere Seelen verwandt seien, wir aber leider doch keine Verwandten sind. Alsdann musste ich ihnen erklären, dass wir doch Verwandte sind, obwohl meine Mutter Jüdin ist. Laut Pass und in der Seele habe ich mich eigentlich immer für einen Russen gehalten. Und nun hat es sich so ergeben, dass ich Russe war und die Volkszugehörigkeit gewechselt habe, weil die Juden im heutigen Deutschland bestimmte Vergünstigungen bekommen. (Lacht.)

Humor ist in solchen Situationen hilfreich, doch hier, sollte man meinen, war Ihnen nicht zum Scherzen zumute.

Ich habe die UdSSR aus politischen Gründen verlassen. Und nun stellt sich heraus, dass ich mit einem „jüdischen Familiennamen belastet bin“ und nicht „ausgereist“, sondern eben „aus der UdSSR geflohen bin“. Ich musste die Leute über meinen verzweigten Stammbaum aufklären. Die ganze Geschichte hatte dann noch eine Fortsetzung. Zu meinem 60. Geburtstag wollte die Stadt München mir zu Ehren ein Fest geben. In der Lokalzeitung war folgende Ankündigung zu lesen: „Ein Ort, an dem echtes Russisch zu hören ist. Der tadschikische Satiriker liest aus seinen Werken“. Ich komme dorthin und auf jedem Stuhl liegt ein kurzer Abriss meiner Biografie. Und wieder steht dort geschrieben, dass „er mit einem jüdischen Familiennamen belastet, aus der Sowjetunion flüchten musste“.
Ich bin wütend geworden und versuchte, dem Publikum gegenüber eine Erklärung abzugeben. Anschließend kam ein Journalist zu mir und meinte, dass er ein Interview von mir möchte. Ich sage: „Gut, aber wenn Sie wieder schreiben, dass ich ein tadschikischer Arbeiter bin, der mit einem jüdischen Familiennamen belastet ist, garantiere ich für nichts mehr.“ Nein, sagt er, er schreibt alles so wie es ist. Bald darauf hat er mich interviewt.
Ich habe dem Korrespondenten erzählt, dass ich in Tadschikistan geboren bin, dort jedoch nur die ersten acht Jahre meines Lebens verbracht hatte und vor Ausbruch des Kriegs in die Ukraine, in die Stadt Saporoshje, gezogen sei. Und siehe da, er schreibt alles wahrheitsgemäß, dass ich in Tadschikistan geboren wurde, aber dann kommt Folgendes: „Als die Deutschen die Sowjetunion überfielen, war er gezwungen, aus Tadschikistan in die Ukraine zu flüchten.“ Kurz und gut, die Beziehungen zur deutschen Presse gestalteten sich bei mir immer recht schwierig. (Lacht.)

Der Lebenslauf fast jedes vor dem Krieg geborenen Sowjetbürgers sah in etwa so aus. Es ist schwer, das einem Fremden zu erklären. Aber was ist mit den Rezensionen?

Der „Tschonkin“ wurde sehr gut aufgenommen und oftmals verlegt. Von der Kritik hoch gelobt wurden auch meine anderen Bücher. Doch als mein Roman „Moskau 2042“ ins Deutsche übersetzt wurde, veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einen kritischen Artikel unter der Überschrift: „Schlafe ruhig, Genosse Leser“.
Dort war zu lesen, dass der Roman schlecht, langweilig und dröge sei. „Aber die Hauptsache“, schrieb der Verfasser, „der Schriftsteller erdreistet sich im Roman, Alexander Sinowjew selbst herauszufordern, der bekanntlich den großartigen Roman ‚Die denkwürdigen Abenteuer des Soldaten Iwan Tschonkin’ geschrieben hat.“ Ich schrieb dem Kritiker eine Erwiderung: „Wach’ auf, Genosse Kritiker“, in der ich klarmachte, dass mein Roman möglicherweise schlecht sei, doch den Roman über den Soldaten Tschonkin habe dennoch ich geschrieben und nicht Sinowjew. Es kam eine Antwort vom Abteilungsleiter Literatur der Zeitung. Er schrieb, dass er meine Erwiderung sehr gern in der Zeitung abdruckt, allerdings nur, wenn ich sie nicht an den Kritiker, sondern an die Redaktion selbst adressiere. Ich sprach damals noch schlecht Deutsch und habe nicht ganz verstanden, was man von mir will und darauf gepfiffen.

Alles in allem, es wurde langsam notwendig, deutsch zu lernen. Haben Sie gleich nach Ihrer Ankunft in Deutschland damit angefangen?

Ehrlich gesagt, ich habe die Sprache nicht speziell gelernt. Ich hatte immer ein gutes Sprachgefühl, habe die Sprache jedoch „nach Gehör“ gelernt.
Ich habe frei ukrainisch gesprochen, ganz gut polnisch. Englisch habe ich in einmonatigen Kursen gelernt. Die deutsche Sprache schien mir zu kompliziert und offen gestanden war ich mir sicher, dass ich sie niemals erlernen kann. Nachdem ich wieder einmal nach Amerika geflogen war und nach Deutschland zurückkehrte, nahm ich ein Taxi und begann ein Gespräch mit dem Taxifahrer. Schlagartig wurde mir bewusst, dass ich mich auf Deutsch verständlich machen kann. Ich war sehr erstaunt und fing an, Zeitung zu lesen. So erreichte ich ein bestimmtes Niveau, über das meine Tochter – sie ist Deutschlehrerin – sagt, es sei gar nicht so übel.

Der deutsche Schauspieler Lars Eidinger, der in dem russischen Film „Matilda“ Nikolaus II. spielt, erzählte, dass das Gemeinschaftsgefühl der Schuld bei den Deutschen sogar in die Umgangssprache Eingang gefunden hat. So versuchen die Deutschen, das Wort „Patriotismus“ zu vermeiden, da es in den 30er-Jahren in Misskredit gebracht wurde. In Russland fällt besonders auf, dass die Reflexion innerhalb der deutschen Gesellschaft keinen zur Schau getragenen, sondern einen tiefgehenden Charakter hat. Wie ist dieser Prozess in den 1980er und 1990er-Jahren verlaufen?

Als ich nach Deutschland kam, war die Hauptsache schon vorbei. Der historischen Lehre waren sich schon zu jener Zeit alle Schichten bewusst. Sich für das in den 1930ern und 1940ern Geschehene zu schämen, war nicht nur für die Vertreter der Intelligenz selbstverständlich. Es sitzt so tief, dass sich die Deutschen sogar genieren, sich ihrer Geschichte zu erinnern. Dabei wissen wir doch sehr gut, dass Deutschland vieles hat, worauf es stolz sein kann: eine großartige Kultur, Philosophie, technische

DMITRY ROZHKOV

Wladimir Woinowitsch

Leistungen. Doch wenn sie etwas dazu sagen wollen, ist ihnen bewusst, dass man über Kultur nicht losgelöst von Geschichte und Gesellschaft sprechen kann. Aus diesem Grund, und das ist mir sehr häufig aufgefallen, ziehen die Deutschen es vor, jegliche Gespräche über die Vergangenheit zu vermeiden. Das unterscheidet sie von uns.
Wir haben doch auch ein totalitaristisches Trauma erlebt. Auch in Russland gibt es Menschen, welche die sowjetische Vergangenheit kritisch betrachten, doch trotzdem sprechen wir dabei über die Vergangenheit und schimpfen gern auf sie.

Woher kommt die AfD, was ist das für eine Erscheinung in der deutschen Gesellschaft?

In einer der Hauptstraßen Münchens, in der Leopoldstraße, stellen irgendwelche Leute vor unserem Haus regelmäßig Tische auf. Sie haben Plakate dabei, darauf ist auch Putin mit einem Welpen auf dem Arm zu sehen. Sie sagen, wenn sie so einen Kanzler wie Putin hätten, wäre hier alles toll.
Es gab eine Zeit, da haben sie den Sieg von Trump begrüßt, doch dann haben sie ihn anscheinend von ihren Plakaten entfernt. Putin ist geblieben.
Deutschland bemüht sich seit vielen Jahren, Offenheit und Humanität zu demonstrieren.
Ich kenne Deutsche, die freiwillig nach Israel fahren, um dort praktisch unentgeltlich in Kibbuzen zu arbeiten. Sie sehen das als ihre moralische Pflicht an. Das Gefühl der Schuld für die Vergangenheit schlägt sich auch in der heutigen Einstellung zu Ausländern nieder, besonders zu Flüchtlingen. Deutschland nimmt Menschen jeder Volkszugehörigkeit auf, jene, die vor dem Elend fliehen. Alle diese Menschen genießen die deutsche Gastfreundschaft und erhalten Beihilfen. Doch nicht alle Einwohner verstehen, dass sich Deutschland in seiner Migrationspolitik von den hohen Prinzipien der Humanität und Menschenliebe leiten lässt. Aus diesem Grund befürchtet ein Teil der deutschen Gesellschaft, dass sich Deutschland mehr um die Ankömmlinge denn um die eigenen Bürger kümmert. Diese Stimmung wird natürlich auch durch das große Maß an Fremdenfeindlichkeit befördert, die zusammen mit den steigenden Migrantenzahlen zunimmt. Das ist der Grund, weshalb alle diese alternativen Bewegungen entstehen, wenngleich sie noch in der Minderheit sind.

Gibt es denn den deutschen Woinowitsch-Leser? Was macht ihn aus? Wie versteht er den „Tschonkin“ oder „Moskau 2042“?

Es fällt mir schwer, deutsche Leser auszumachen. Ich erzähle Ihnen lieber, wie die Leute in Deutschland, die vielleicht nicht einmal meine Bücher gelesen haben, uns gegenüber eingestellt waren.
Als ich aufs Land gezogen bin, ging meine Tochter Olga in die erste Klasse der Schule dort. Ihre Lehrerin, Frau Gerber, hat sie der Klasse vorgestellt und gesagt: „Kinder, das ist ein Mädchen aus Russland. Sie kennt kein einziges deutsches Wort.“ Aus irgendeinem Grund hat das den Kindern gefallen, alle wollten Olga zur Freundin haben. Danach wollten uns auch die Eltern der Kinder kennenlernen. Das waren sehr verschiedene Leute, darunter die Familie eines Bauern aus dem Dorf. Und dieser Bauer wollte zu Ehren meiner Tochter eine seiner Kühe Olga taufen. Er war der Meinung, dass er uns damit seinen Respekt erweist.
Olga hat dann binnen kurzem nicht nur deutsch gelernt, sondern war in ihren Leistungen auch besser als die meisten ihrer Mitschüler. Schließlich ist sie eine deutsche Schriftstellerin geworden, die seinerzeit sehr erfolgreich war. Jetzt schreibt sie wenig, arbeitet jedoch als Deutschlehrerin.

Sind denn die deutschen Literaturwissenschaftler und Intellektuellen in der Lage, Ihren Humor und Ihre Satire zu verstehen? Mit wem vergleichen sie Sie?

Die Deutschen vergleichen mich gern mit Jaroslav Hašek. Ich glaube aber, dieser Vergleich stimmt nicht ganz. Hašek hatte Schwejk, den braven Soldaten. Tschonkin ist ganz und gar nicht brav. Doch wenn sie Schwejk und Tschonkin in einem Atemzug nennen, machen sei meine Figur zum Volkshelden und reden sogar über ihn in philosophischen Kategorien. Also glaube ich ihnen.

done with walls Berlin

#FreiheitBerlin
be.berlin.de

be Berlin

PICTURE ALLIANCE/AA

Ein geflügeltes Wort der New Economy: Cutting out the middleman, *etwa: den Zwischenhändler ausschalten. Angela Merkel und Wladimir Putin während des G20-Gipfels in Hamburg. In der Mitte dazwischen: der chinesische Präsident Xi Jingping.*

Magisches Dreieck

Weshalb für Russland die Zusammenarbeit mit Deutschland mehr Erfolg verspricht als mit China, die beiden Partner das „Reich der Mitte" aber nicht vernachlässigen dürfen

VON WLADISLAW BELOW

China ist seit vielen Jahren Russlands, seit 2016 auch Deutschlands wichtigster Außenhandelspartner. Der vor mehr als 15 Jahren geschlossene Vertrag zwischen Russland und dem „Reich der Mitte" sieht die umfassende Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Energie und Verkehr vor. Auch der Plan zu dessen Umsetzung wurde verabschiedet. Einige Jahre später erklärten Deutschland und China eine „strategische Partnerschaft in globaler Verantwortung", seit 2014 zu einer „umfassenden strategischen Partnerschaft" promoviert.

Für Peking sind beide Staaten die führenden Partner in der Europäischen Union und in der Eurasischen Wirtschaftsunion. Mit ihnen wurden zahlreiche institutionelle Mechanismen eingerichtet (besonders mit Berlin). Anfang Juli 2017, vor dem G20-Gipfel in Hamburg, weilte der Staatspräsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, zu Staatsbesuchen in Russland und Deutschland. Zahlreiche politische Analysten glauben, dass die Beziehungen, welche die Volksrepublik China zu unseren Ländern aufbaut, der „Schlüssel für die Lösung globaler Wirtschaftsunsicherheiten" sind. Chinesische Experten betonen fortwährend den pragmatischen Charakter des Austauschs mit der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland, der ein „nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum der Weltwirtschaft" befördern soll.

De facto geht es jedoch vorrangig um die Sicherung langfristiger Interessen speziell der chinesischen Volkswirtschaft. Das konkrete Modell der Kooperation mit Russland und Deutschland entspricht dem vollauf. Die russische Seite ist der Hauptlieferant von Rohstoffen, die deutsche Seite liefert Maschinen, Ausrüstungen, Know-how und innovative Technologien. Mit beiden Ländern hat China eine positive Handelsbilanz. Das Land, das zu einer Weltmontagefabrik geworden ist, exportiert Industriegüter mit hohem Mehrwert. Deren Qualität wird ständig besser. Andererseits steht die Einfuhr von Fertigerzeugnissen unter der strengen Kontrolle des Staats, wie übrigens auch die Tätigkeit ausländischer Unternehmen und Einrichtungen.

Zur gleichen Zeit erwerben chinesische Unternehmen sukzessive strategische Vermögenswerte in westlichen Ländern. 2016 haben sie in führende Unternehmen der Verarbeitungsindustrie in Deutschland investiert, auch in strategisch wichtigen Bereichen (etwa im Maschinenbau bei der KUKA AG). Für die Rekordsumme von 11,6 Milliarden Euro hat China 58 deutsche Wirtschaftsunternehmen gekauft (2015 waren es 37).

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verhinderte eine Reihe von Geschäften, was auf Seiten Chinas, das in den letzten Jahren für freien internationalen Handel eingetreten ist, negative Reaktionen herbeiführte. China investiert auch in Russland. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Land bei den akkumulierten Direktinvestitionen, von denen zahlreiche in strategisch bedeutende Bereiche geflossen sind, an erster Stelle steht. Die deutschen und besonders die russischen Investitionen in die chinesische Wirtschaft nehmen sich da wesentlich bescheidener aus, konzentrieren sich jedoch ebenfalls hauptsächlich auf strategische Branchen.

Die langfristig angelegte Strategie Chinas zeigt sich in vollem Umfang in dem grandiosen Infrastrukturprojekt „Seidenstraße", das nach chinesischen Regeln und Standards mit chinesischem Geld und chinesischem Arbeitskräften realisiert wird. Sie ist sowohl für Russland als auch für Deutschland von Interesse, die derzeit allerdings nur Aussicht auf die Rolle von Nebenplayern haben.

Es hat den Anschein, dass die Volksrepublik China ihre Partnerschaften an ihren globalen Zielen orientiert, die sich nicht immer mit den Interessen Russlands und Deutschlands decken. Bei Differenzen wird die Partnerschaft beendet und es beginnt der chinesische Protektionismus. Deshalb ist es wichtig, die russisch-deutsche Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren zu vertiefen und gemeinsame Initiativen zu koordinieren, gerade in den für China strategisch wichtigen Bereichen, um China dazu zu bewegen, die Interessen aller Beteiligten ausgewogen zu berücksichtigen.

Trotz der harten Sanktionen basiert die wirtschaftliche Kooperation zwischen Russland und Deutschland auf dem Bestreben, die Interessen des anderen zu respektieren, sowie auf der Fähigkeit, einen konstruktiven Dialog zu führen.

In den kommenden Jahren müssen auch die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion vorrangig aufgebaut werden, in denen Deutschland und Russland die Führungsrolle innehaben und in die unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit eingebettet ist. Aber eine künftige Partnerschaft darf sich nicht nur auf eine bilaterale russisch-deutsche Grundlage stützen. Die politischen Differenzen dürfen informelle Gespräche auf Expertenebene und die Festlegung der künftigen Richtung des Zusammenwirkens nicht behindern, etwa im Bereich Standards und Zertifizierung.

In diesem Bereich hat der internationale Arbeitskreis „Einheitlicher Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok", der vor einigen Jahren auf Initiative von Ulf Schneider (Gründer der Schneider Group) ins Leben gerufen wurde, beträchtliche Fortschritte in der Diskussion erzielt. Dessen Hauptziele wurden in dem im April 2017 verabschiedeten „Berlin-Memorandum" formuliert, das allen Interessierten offen steht und unterzeichnet werden kann.

Erfolgversprechend kann auch die Zusammenarbeit bei der Umsetzung russischer Projekte für eine umfassende Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur der Nord-West-Passage und des Nördlichen Seewegs werden (eine der Alternativen zu den Korridoren der Seidenstraße). China hat bereits sein Interesse daran bekundet. Es geht auch um den „Arktischen Korridor", der das Schienennetz Russlands und Finnlands mit den Tiefwasserhäfen des Nordpolarmeers verbinden könnte. Die deutschen Partner verhalten sich abwartend.

Gute Aussichten für die Fortführung der russisch-deutschen Kooperation bestehen bei der Erforschung der Arktis und der möglichen Zusammenarbeit bei der Erschließung der reichen Vorkommen der Arktis. Hier liegen die deutschen Interessen viel näher an den russischen als an den chinesischen. Demzufolge bestehen hier größere Möglichkeiten für eine vorteilhafte deutsch-russische Zusammenarbeit.

Unstrittig von Vorteil ist die Kooperation im Energiebereich, die derzeit auf den Widerstand Brüssels sowie einer Reihe von EU-Ländern und nun auch noch der USA stößt. Diese Zusammenarbeit muss fortgesetzt werden, sie ist notwendig und ohne Zweifel auch von strategischer Bedeutung. Das gilt nicht nur für das Projekt Nord Stream 2, sondern auch im Erdöl- und Kohlebereich, in der Elektroenergiewirtschaft und bei den erneuerbaren Energien. Der chinesische Bereich ist für Russland weniger aussichtsreich.

Besonders interessant und vielversprechend scheint die weitreichende internationale Kooperation in der Digitalisierung und in der praktischen Umsetzung der in Deutschland entwickelten Strategie „Industrie 4.0" zu sein. In der „Vierten Industrierevolution" stehen Russland und Deutschland noch ganz am Beginn der Zusammenarbeit. Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft hat im Rahmen des Internationalen Wirtschaftsforums in Petersburg Anfang Juni 2017 mit dem Russischen Industriellen- und Unternehmerverband eine Vereinbarung unterzeichnet, das die Schaffung einer gemeinsamen Plattform für den Austausch von Know-how vorsieht und für die Diskussion von deutsch-russischen Kooperationsprojekten auf diesem Gebiet sowie zur Schaffung eines Demonstrationszentrums der deutschen Wirtschaft für Digitalisierung unterzeichnet. Noch gibt es jedoch keine Kooperation auf der Ebene der zuständigen Ministerien.

Dort ist die deutsch-chinesische Zusammenarbeit weit voraus. Deutschland wird jedoch daraus kaum einen deartigen Nutzen erzielen, wie aus einer potenziellen Kooperation mit Russland.

Sowohl für Deutschland als auch für die Russische Föderation ist die Zusammenarbeit mit China ein untrennbarer Bestandteil ihrer Außenhandelstätigkeit. Sie gestaltet sich nicht ganz einfach. Erfolge werden dort erzielt, wo die Interessen übereinstimmen. Unterdessen gibt es auch offenkundige Fehlschläge, die auf charakteristische Verhaltensweisen der chinesischen Partner zurückzuführen sind. Ein zukünftiges wirtschaftspolitisches Zusammenwirken Deutschlands und Russlands in strategischen Bereichen muss auch für China vorteilhaft und nachvollziehbar sein. Peking davon zu überzeugen und besonders sein Interesse daran zu wecken, ist sehr schwierig, aber möglich. Im Erfolgsfall könnte das Reich der Mitte in einem strategischen wirtschaftlichen Dreieck der Zukunft eine gleichberechtigte Seite werden.

Wladislaw Below ist Leiter des Zentrums für Deutschlandstudien am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften.

„Wir müssen diesen Graben wieder schließen."
Michail Gorbatschow

„Auch bei der Krise um die Ukraine gilt die Erfahrung, dass Schwarz-Weiß-Malerei in die Irre führt. Die Einseitigkeit im Urteil der westlichen Welt ist weniger als die halbe Wahrheit. Wladimir Putin die Alleinschuld an einer Entwicklung zu geben, welche die Erinnerung an den Kalten Krieg wieder aufleben und von der Gefahr eines Krieges reden lässt, ist bequem und schließt die Reihen. Mit der politischen Wahrheit hat diese Sicht der Dinge wenig zu tun."

Wilfried Scharnagl

www.keyser-verlag.com

186 Seiten 19,90 Euro ISBN 978-3-86886-029-0

KeyserVerlag

Die Fake News des Jahres 1937

Eine Ausstellung in Berlins Stadtmuseum zeigt die janusköpfige Alltagsnormalität der Stadt in der Zeit vor dem Kriegsausbruch

VON ROBERT NORMEN

Am Ende des Jahres 1937 notiert Joseph Goebbels einige Sätze in seinem Tagebuch, die beinahe satirisch klingen. „Ich schenke dem Führer 12 Micky-Maus-Filme. Er freut sich sehr darüber," schreibt der Propagandaminister des Dritten Reichs.

1937 gilt unter den Historikern als das „Normaljahr" des Nationalsozialismus. Im Jahr zuvor waren die Olympische Spiele in Berlin zu einem großen Erfolg geworden, das Ausland hatte sich vom schönen Schein der Spiele blenden lassen. 1938 hingegen begannen mit dem „Anschluss" Österreichs und dem Einmarsch deutscher Truppen im Sudetenland die Kriegsvorbereitungen, spätestens mit dem Novemberprogramm verschärfte sich die Vertreibung und Verfolgung jüdischer Bürger. Am brutalen Charakter des Regimes konnte von da an kaum noch ein Zweifel bestehen.

Berlin gedenkt in diesem Jahr in einer historisch überaus intelligenten Ausstellung im Märkischen Museum an dieses vermeintliche Normaljahr unter dem Titel „Im Schatten von morgen".

Berlin 1937 war in seinem Alltag geprägt von einer im Rückblick beinahe täuschenden Prosperität und Liberalität. Dieser gesellschaftliche Frieden ergab sich gleichwohl über einem unfreien Abgrund. Nach der Machtergreifung 1933 hatten die Nationalsozialisten mit kaum gebremster Gewalt ihre bekannten Gegner ausgeschaltet. Verbliebene Widerstandsgruppen flogen 1934 und 1935 auf, ihre Mitglieder waren in politischen Schauprozessen zu drakonischen Strafen verurteilt worden. Am Ende des Jahres waren „lediglich" 7750 Personen in Konzentrationslagern – die noch sehr wenig mit Vernichtungsfabriken der 1940er-Jahre gemein hatten. Bereits im Jahr darauf sollte sich die Zahl der Häftlinge vervierfachen und in den Kriegsjahren weiter dramatisch erhöhen. An die Kontrolle durch NS-Institutionen hatte sich die Bevölkerung recht und schlecht gewöhnt. Das Jahr 1937, schreibt der Historiker Björn Weigel, „kann gemessen an dem, was bis 1936 geschah oder was 1938 und im Krieg noch folgen sollte, für NS-Verhältnisse sogar als kulturell relativ liberal gelten".

Amerikanische Filmproduktionen waren 1937 keinesfalls verboten, erfreuten sich auch noch regen Interesses der Berliner Kinobesucher. Der Swing-Star Teddy Stauffer, der mit „Goody Goody" den Sommerhit des Olympiajahrs gelandet hatte, konnte weiterhin in der Stadt auftreten, Jazzmusik war vom Propagandaministerium ausdrücklich erlaubt – noch. Denn spätestens nach Kriegsbeginn war die als „Negermusik" denunzierte Stilrichtung nirgendwo mehr zu hören. 1937 war Juden die Mitgliedschaft in der Reichskulturkammer, die Voraussetzung für jedes künstlerische oder kulturelle Schaffen, noch nicht verboten. Auch als Besucher durften sie noch zu Theateraufführungen und in Kinos.

Berlin stellte in einigen Fragen noch eine Ausnahme im Deutschen Reich dar. Hunderte jüdische Geschäfte wurden von ihren Besitzern aufgegeben oder unter direktem oder indirektem Zwang verkauft. Jüdische Industrielle hofften auf Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, der als vergleichsweise gemäßigt galt (in den Nürnberger Prozessen wurde er 1946 freigesprochen). In Berlin wurden 1937 noch 168 Firmen von Juden neu ins Handelsregister eingetragen.

Hitler und seine Gefolgsleute waren zu jener Zeit in breiten Teilen der Bevölkerung sehr beliebt. Der Publizist Götz Aly hat mit seinem Urteil über den Nationalsozialismus als „jederzeit mehrheitsfähige Zustimmungsdiktatur" Einspruch von renommierten Historikern erfahren, die auf die zurückgehende Übereinstimmung der deutschen Bevölkerung mit Kriegsbeginn verweisen. Aber für das Jahr 1937 passt Alys These erschreckend genau.

Michael Grüttner beschreibt in seinem 2015 erschienenen Standardwerk „Brandstifter und Biedermänner" über die sechs Jahre NS-Herrschaft vor Beginn des 2. Weltkriegs, wie weit die Übereinstimmung zwischen Bevölkerung und Regimeführung ging. Vor allem die außenpolitischen Erfolge bescherten Hitler hohe Popularitätswerte.

Mit dem Austritt 1933 aus dem Völkerbund, der Vorläuferorganisation der Vereinten Nationen, fühlten sich Volk und Führer von internationalen Zwängen befreit. Die Saar-Abstimmung 1935, die Remilitarisierung des Rheinlands 1936 bis zur Annexion Österreichs 1938 trugen zu dem Gefühl wiedergewonnener Souveränität bei und festigten das Regime.

Grüttner resümiert, die faktische Annullierung des verhassten Vertrags von Versailles, der in Deutschland als nationale Demütigung empfunden worden war, habe über politische, soziale und konfessionelle Grenzen hinweg für Begeisterung gesorgt. Es war das Programm „Make Germany great again," die „Wiederherstellung deutscher Ehre" nannte es Hitler.

Die brutale Sphäre der Gewalt des Dritten Reichs offenbarte sich in seiner vollen Schärfe erst in den späteren Jahren. Aber schon 1937 gab es allzu deutliche Zeichen der Geisteshaltung und des Rechtsverständnisses. In einer Reichstagsrede, in der er Bilanz über vier Jahre Regierung ziehen wollte, sprach der Reichskanzler davon, dass sich in Deutschland eine Revolution „von gewaltigem Ausmaß" ereignet habe. Er behauptete, diese „deutsche Revolution" sei „so gut als vollkommen unblutig" verlaufen, bezeichnete die Umwälzung grob verharmlosend als eine „Um- und Neugestaltung", die sich über die „Träger und mehr oder minder verantwortlichen Repräsentanten des alten Zustandes" hinweggesetzt hätten. Er leugnete die brutale Verfolgung und Unterdrückung seiner Gegner, sagte, es sei „überhaupt keine Sachschaden angerichtet" worden und sprach sich selbst zu, „vielleicht die erste Revolution" angestoßen zu haben, „bei der noch nicht einmal eine Fensterscheibe zertrümmert wurde". Der Historiker Peter Steinbach, einer der bedeutendsten Forscher zum Widerstand im Dritten Reich, schrieb in seiner Analyse der Rede, heute würden man schlichtweg von „alternativen Fakten" sprechen.

Der Romanist Viktor Klemperer, der als protestantischer Konvertit jüdischer Herkunft den Nationalsozialismus überlebte, war einer der feinsinnigsten Beobachter der seismographischen, immer bedrohlicheren Verschiebungen der Zeit. In seinem berühmten Tagebuch schrieb er: „Niemand, weder innen noch außen, kann die wahre Stimmung des großen Volkes ermessen – wahrscheinlich, nein sicher gibt es keine allgemeine wahre Stimmung, sondern immer nur Stimmungen, mehrerer Gruppen – eine dominiert, und die Masse ist stumpf oder steht unter wechselnden Suggestionen."

Der Blick auf das „Normaljahr" 1937 schärft den historischen Sinn für das dünne zivilisatorische Eis einer Stadtgesellschaft. „Berlin erscheint in diesem Rückblick sehr modern, festlich, vorwärtsgewandt und voller dramatischer Verschiebungen zugleich. Juden, Avantgardekunst, Kommunisten, Sozialdemokraten und einige mehr verschwinden aus der Öffentlichkeit, auch rauchende Frauen sieht man seltener", schrieb Jens Bisky in der *Süddeutschen Zeitung* über die Ausstellung. „Berlin 1937. Im Schatten von morgen" zeigt mit feinem Gespür wie die oberflächliche kulturelle Verfasstheit einer Stadt und ihrer Gesellschaft täuschen kann. Ohne pädagogischen Zeigefinger vermittelt sie eine Botschaft, die aufschlussreich auch für die Gegenwart ist.

Robert Normen ist Redakteur dieser Zeitung.

PICTURE ALLIANCE/AKG-IMAGES

Zeichen der Zeit: Kinder auf dem Denkmal des Preußischen Generalfeldmarschalls Schwerin versuchen einen Blick auf die Parade zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1937 zu erhaschen.

KOMMERSANT

„Die Welt schaut rauf zu meinem Fenster", sang Rio Reiser einst. Rimini Protokoll schaut zurück.

Die wollen doch nur spielen

Die deutsch-schweizerische Theatergruppe Rimini Protokoll hat das Stück „Cargo Moskau" in der russischen Hauptstadt inszeniert – in einem fahrenden Lastwagen. **Olga Fedjanina** *hat sich unter die Zuschauer gemischt.*

In Russland hat Rimini Protokoll einen eigenen, gar nicht so kleinen Kreis von Anhängern. Die Gruppe wird mit ihren Projekten nicht nur regelmäßig auf Festivals eingeladen, sondern die Projekte werden auch auf die Verhältnisse in Russland übertragen. Die letzte dieser Adaptionen ist das Projekt „Cargo X", das in diesem Sommer die „Einfuhrgenehmigung" für Moskau als „Cargo Moscow" erhalten hat.

Die Fahrt durch die Moskauer Außenbezirke in einem für 50 Zuschauer umgebauten Lastwagen dauert eineinhalb Stunden und es sind zwei Reisen in einer. Die erste Reise – die imaginäre – ist eine mehrtägige Fahrt von Moskau nach Magadan. Auf die Innenwand des Lastwagens werden Bilder eines Films projiziert, der die Route dokumentiert, aus dem Lautsprecher sind die Stimmen von zwei Fernfahrern zu hören, die von unterwegs und aus ihrem Leben erzählen. Von Zeit zu Zeit tauchen anstelle der Landschaft an der Kolyma Zeilen aus Gedichten, Zahlen, statistische Angaben über den Güterverkehr, die Löhne von Kraftfahrern, über Steuern und Umsätze auf.

Die zweite Reise – die reale – drängt sich in die erste Reise hinein. Die Seitenwand des Lastwagens öffnet sich und gibt den Blick frei auf das Gewerbegebiet von Birjulewo, durch das der Lastwagen „nach Magadan" fährt.

Die Zusammenlegung von Räumen, die Verbindung von zwei Realitäten sind sowohl dramaturgische Stilmittel als auch Sinn des Projekts. Der geschlossene Lastwagen rumpelt über unsichtbare, allerdings spürbare Moskauer Straßen, auf der Leinwand ist irgendein Zufluss der Kolyma zu sehen, über den gerade „übergesetzt" wird. Das Rauschen des Wassers auf der Leinwand geht in das Rauschen von Wasser von außen über. Die Wand des Lastwagens hebt sich und man findet sich in einer Autowaschanlage wieder. Hinter der Glasscheibe ist die Putzkraft mit Schläuchen, Bürsten und Lappen zu sehen.

Nun erfahren die Zuschauer auch etwas über den Autowäscher, woher er stammt, wieviele Stunden er täglich arbeitet, wieviel er verdient. Der gewaschene Lastwagen fährt los, der freundliche Mann winkt hinterher – ein Moskauer Gastarbeiter verabschiedet sich von seinen Zuschauern.

In Wirklichkeit gibt es bei „Cargo Moscow", wie auch bei allen Inszenierungen von Rimini Protokoll, keine Schauspieler. Hier spielt niemand und niemand verwandelt sich in irgendwen. Der Autowäscher ist wirklich ein Autowäscher und den Lastwagen reinigt er wirklich. Und die zwei Fernfahrer, die sich am Steuer abwechseln, sind echte Fernfahrer, ihre Geschichten mit Sicherheit authentisch. Für sie ist das deutsche Theaterprojekt ihre normale Arbeit, bedeutet für sie Verdienst, vermutlich erscheint es ihnen etwas merkwürdig.

Auch die 50 Fahrgäste des Lastwagens sind nicht Zuschauer, sondern Mitwirkende. Für eineinhalb Stunden sind sie Fahrgäste, Bewohner eines Raums, geschaffen von den Autoren des Projekts. In diesem Raum ist alles echt, alles real – die Dokumentaraufnahme der Kolyma, die Erzählungen der Fernfahrer, die Moskauer Landschaft.

Doch wenn die Straßen an der Kolyma auf der Leinwand und die Straßen des Moskauer Randgebiets übereinander gelegt werden, verwandeln sie sich vor dem Fenster in eine neue Realität, in eine gleichzeitig vollständig dokumentarische und vollständig erfundene. Die Fahrgäste des Lastwagens sind für eineinhalb Stunden buchstäblich im Nirgendwo.

Nach dem Ende des Stücks betrachten sie noch lange die nicht sehr malerische Realität des Moskauer Randgebiets wie etwas Außergewöhnliches. Für eine bestimmte Zeit scheint alles, von den Schildern an den Kiosken bis zur Musik aus dem Auto am Straßenrand, Teil einer komplizierten Inszenierung zu sein.

Genau dieser Wechsel der Optik, der es ermöglicht, in jeder Stadtlandschaft ein verborgenes nicht-fiktionales Theater zu erahnen, ist einer der immerwährenden Effekte der Projekte von Rimini Protokoll. Die Erfahrungen des distanzierten „Theater"-Erlebnisses der Wirklichkeit sind ein natürliches Bedürfnis des modernen Menschen. Vermutlich sind deshalb die Projekte von Rimini Protokoll, die in Russland anfangs Gäste von Theaterfestivals waren, heute als kommerzielle und als Zuschauerprojekte so erfolgreich.

Cargo Moscow ist bereits die zweite Adaption von Impresario Fjodor Jeljutin (die erste war „Remote Moscow"). Die Festival-Schule Territorija hat im vergangenen Jahr die russische Version der „Wohnungs"-Reise „Hausbesuch Europa" produziert. Außer den Reise-Projekten hat Rimini Protokoll auch sehr komplizierte multiple Simultan-Kino-Projekte, etwa „Situation Rooms". Vielleicht sind sie bald dran.

Olga Fedjanina ist Reporterin bei Kommersant.

SHUTTERSTOCK (3)

Russische Reformation

Das Luthertum in Russland ist ein sichtbarer Beweis, dass das Erbe der Reformation einem russischen Menschen nicht fremd ist. Von allen in Russland neben der Orthodoxie bestehenden christlichen Religionsgemeinschaften wurde nur der Lutherischen Kirche ein staatlicher Sonderstatus eingeräumt. Die Lutheraner sind in der herrschenden Klasse ebenso zu finden wie in der Intelligenz. In dem orthodoxen Land genießt der lutherische Glauben eine hohe Wertschätzung, die Kirchen sind zu einem organischen Teil der Großstädte geworden. Die Ideen der Reformation in der lutherischen Auslegung lösten in der offiziellen Orthodoxen Kirche und der Gesellschaft keine Furcht aus, eine Einstellung, die der Dichter Fjodor Tjutschew in seinem bekannten Gedicht „Ich mag den Gottesdienst der Lutheraner“ abbildet.

Die Leistungen und die aktuellen Probleme des Luthertums waren in bedeutendem Maße durch seine Geschichte vorherbestimmt: Die orthodoxe Kirche und die Staatsgewalt haben zu keiner Zeit den Lutheranern Expansion und Proselytismus vorgeworfen – das Abwerben von russisch-orthodoxen Gläubigen. Das Luthertum vermochte es, die Beziehungen zum Staat geschickt aufzubauen und war über lange Zeit ethnisches Glaubensbekenntnis der „Nichtrussen“.

Die Nachfolger von Martin Luther haben gleich nach dem Jahr 1517, als Luther seine berühmten Thesen verkündete, in Moskowien Fuß gefasst. Ingenieure, Kaufleute und Gelehrte unter den Lutheranern kamen seit den Zeiten Iwans des Schrecklichen nach Russland (1576 wurde die erste lutherische Kirche gebaut). Zum größten Teil waren es Deutsche, es befanden sich aber auch Schweden, Dänen und Finnen unter ihnen. Sie wurden russische Untertanen und arbeiteten auch im Staatsdienst.

Im 19. Jahrhundert machten die Lutheraner fast ein Viertel der russischen Generäle und Gouverneure aus. Ohne die berühmten Lutheraner ist die russische Wissenschaft und Kultur nur schwer vorstellbar: Lehrer des ersten Buchdruckers Iwan Fjodorow im 16. Jahrhundert war der Däne Hans-Johann-Missinheim. Der Autor des umfangreichsten Wörterbuchs der lebendigen (groß)russischen Sprache im 19. Jahrhundert war ein Russe dänischer Herkunft, Wladimir Dal. Lutheraner waren auch der Held des Krieges von 1812, General Michail Barclay de Tolly, die Seefahrer Bellingshausen, Krusenstern und Bering, der Maler Karl Brjullow und der Juwelier Peter Fabergé.

Die Zahl der Lutheraner nahm auch durch den Anschluss neuer Gebiete im Baltikum zu, außerdem durch die Umsiedlung von Deutschen, die als Kolonisten nach Russland gerufen wurden. Unter Katharina II. entstanden Siedlungen in der Wolga-Region, unter Alexander I. ließen sich die Anhänger des lutherischen Pietismus (Verehrung der Frömmigkeit, die sich sehr dem Gebet und dem methodischen Studium der Bibel zuwendet) aus Schwaben in Sibirien, im Süden der Ukraine und in der Schwarzmeerregion

Am 31. Oktober begeht die Evangelisch-Lutherische Kirche Russlands den 500. Jahrestag der Reformation. Wie hat sich in all diesen Jahren der lutherische Glauben in Russland entwickelt?

VON ROMAN LUNKIN

(insbesondere auf der Krim) nieder. Die Evangelisch-Lutherische Kirche im Russischen Reich vereinte in sich Gemeinden zweier verschiedener Traditionen – Gemeinden der deutschen Lutheraner und finnische Gemeinden Ingermanlands (im Nordwesten Russlands, im Leningrader Gebiet und in Karelien). Die Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche (seit 1832) hat der Imperator selbst in Kraft gesetzt, der orthodoxe Herrscher war auch der Schutzherr des Luthertums. Autonome nationale lutherische Kirchen gab es in Finnland und in Polen.

Die sowjetische Politik gegenüber der Religion und den Deutschen versetzte 1941 dem Luthertum einen furchtbaren Schlag, einzelne Gemeinden blieben nur in Sibirien und Zentralasien bestehen. Offiziell gab es Gemeinden im Baltikum. Im selben Jahr wurde die Wolgadeutsche Republik aufgelöst, 1942 die Deutschen aus dem europäischen Teil Russlands nach Zentralasien und Sibirien ausgesiedelt.

Zu Beginn der 1990er-Jahre entwickelte sich das Luthertum beinahe von Null an, besonders im europäischen Teil Russlands. Die Evangelisch-Lutherische Kirche verlor allmählich ihren ethnischen Charakter, und zwar sowohl infolge der Zerschlagung der Sowjetunion als auch infolge der massenhaften Auswanderung von Russlanddeutschen aus Russland und Zentralasien nach Deutschland. Die Gründe sind darin zu sehen, dass sie ein besseres Leben als im Russland jener Jahre suchten und, wie zahlreiche Deutsche erklärten, sich ihre Hoffnungen zerschlagen hatten, Präsident Boris Jelzin würde die Wolgadeutsche Republik wiedererrichten.

Zu Beginn der 2000er-Jahre befanden sich viele Gemeinden in einer Krise, da die Gläubigen abwanderten und es Probleme mit der Finanzierung gab. Die Mehrzahl der Gemeinden war abhängig von der Hilfe der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und der deutschen Regierung. Für die Gemeinden war es nicht so einfach, auf Eigenfinanzierung umzustellen, die auch heute noch nicht endgültig abgeschlossen ist.

Die Prüfungen der sowjetischen und postsowjetischen Zeit sowie der religiöse Boom in Russland nach der Perestroika ermöglichten es, das kulturelle und theologische Potenzial des Luthertums auf erstaunliche Weise ans Licht zu bringen. Die meisten Mitglieder der lutherischen Gemeinden sind der Kultur und der Herkunft nach Russen und nur einige reden immer noch von ihren fernliegenden deutschen oder finnischen Wurzeln. Im neuen Abschnitt der Geschichte haben die Angehörigen der russischen Intelligenz großes Interesse an der Suche ihres eigenen geistigen Weges über den lutherischen Glauben bekundet. In den verschiedenen Gemeinden der Lutheraner des heutigen Russlands ist eine breite Palette von Weltbildern und theologischen Ideen zu finden.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche Russlands ist eine „deutsche“ Evangelisch-Lutherische Kirche. Sie bleibt die wichtigste Gemeinschaft und Nachfolgerin des historischen Luthertums. Die Evangelisch-Lutherische Kirche unterhält sehr enge Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche und zum Staat (obwohl in zahlreichen Regionen die Gläubigen immer noch um die Rückgabe der Kirchengebäude kämpfen).

An der Spitze der Evangelisch-Lutherischen Kirche steht Erzbischof Dietrich Brauer, ein Russlanddeutscher. Die Evangelisch-Lutherische Kirche ist liberaler als andere Kirchen, die Ordination von Frauen ist gestattet. Zudem steht die Evangelisch-Lutherische Kirche in enger Verbindung mit ihren Brüdern und Schwestern in Deutschland, in der eine liberale Einstellung zur Homosexualität zugestanden wird (obwohl in der Kirche Russlands betont wird, dass die russischen Lutheraner konservativ seien).

In der Praxis sind sowohl Liberale als auch Konservative (viele Gemeinden gerieten in Widerstreit mit den aus Deutschland in den 1990er-Jahren entsandten liberalen Pastoren) in der Evangelisch-Lutherischen Kirche zu finden. Die Tradition der „Brüdergemeinden“ besteht weiter. Das sind konservative Gemeinden in Sibirien und im fernen Osten, Nachfolger der Pietisten des 19. Jahrhunderts und Lutheraner, die zu sowjetischer Zeit ohne Pastoren auskommen mussten.

In Russland sind mehr als 200 lutherische Gemeinschaften (religiöse Gruppen und Gemeinden gibt es doppelt so viel) offiziell registriert, ungefähr 400 000 Personen sind ethnisch dem lutherischen Glaubensbekenntnis zuzuordnen (ein Teil der Deutschen, Finnen, Esten, Letten), Tausende von Russen, die keinen Bezug zu ethnischen Traditionen haben, nehmen am Leben der lutherischen Kirchen teil. Als indirekten lutherischen Einfluss kann man auch die weite Verbreitung des evangelischen Protestantismus ansehen – die ersten baptistischen Gemeinden entstanden im 19. Jahrhundert in Südrussland als Ergebnis der Predigten deutscher Pietisten. Zudem wurden die zu sowjetischer Zeit im Land verstreuten Russlanddeutschen, die aus einem lutherischen Umfeld stammten, zu religiösen Leitgestalten sowohl in der Orthodoxie als auch bei den Baptisten und Pfingstlern. Das Luthertum ist zu einem einzigartigen Element der russischen Religionskultur geworden, in dem sich europäische Werte, die Besinnung auf den eigenen Glauben und das Gemeindeleben im Rahmen der Ideen der Reformation sowie die Zuwendung zum Gottesdienst und zum Gebet, die der orthodoxen Frömmigkeit naheliegen, verbinden.

Roman Lunkin ist Leiter des Zentrums zur Erforschung von Religion und Gesellschaft des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

... FÜR STRASSE UND SCHIENE SEIT 1905. Knorr-Bremse ist der führende Hersteller von Bremssystemen und Anbieter weiterer Subsysteme für Schienen- und Nutzfahrzeuge mit rund 5,5 Mrd. EUR Umsatz im Jahr 2016. Circa 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln, fertigen und betreuen Brems-, Einstiegs-, Steuerungs- und Energieversorgungssysteme, Klimaanlagen, Assistenzsysteme und Leittechnik sowie Lösungen rund um den Antriebsstrang. Als technologischer Schrittmacher leistet das Unternehmen schon seit 1905 mit seinen Produkten einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherheit auf Schiene und Straße. Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit vertrauen Tag für Tag den Systemen von Knorr-Bremse. **| www.knorr-bremse.com |**

KNORR-BREMSE

Goldene Aussichten

Deutsche und russische Sportler wetteifern bei den Olympischen Winterspielen im Februar im koreanischen Pyöngjang um Gold, Silber und Bronze. Besonders hitzig werden ihre Duelle beim Rodeln und im Biathlon. Ein Ausblick

VON ALEXEJ DOSPECHOW

Ob die Nationalmannschaft Russlands an den Olympischen Spielen in Pyöngjang teilnehmen wird, steht noch unter Vorbehalt. Noch untersuchen zwei Kommissionen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) die Umstände der Doping-Affäre, die im russischen Sport im vergangenen Jahr für Erschütterung sorgten nach der Veröffentlichung des Berichts von Richard McLaren, dem unabhängigen Chefermittler der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA). Ende des Jahres soll die Arbeit offenbar abgeschlossen werden, aber keiner der Funktionäre will Mutmaßungen über die endgültigen Schlussfolgerungen anstellen.

Schon gar niemand will darüber spekulieren, wie das IOC Executive Board und sein Präsident Thomas Bach darauf reagieren werden. Insbesondere von Letzterem wird abhängen, wie viele russische Athleten an den Wettbewerben in Korea teilnehmen dürfen: in voller Mannschaftsstärke oder vielleicht, wie im Sommer 2016 bei den Sommerspielen in Rio de Janeiro, ohne Mannschaften und ohne einige herausragende Sportler.

Die Fragen bleiben. Wenn jedoch die IOC-Kommissionen keine Beweise für großangelegte und systematische Dopingverstöße finden, wird die Nationalmannschaft Russlands in Pyöngjang zweifellos einen der obersten Ränge in der Nationenwertung belegen. Ebenso wie es keinen Zweifel daran gibt, dass auch die Olympiamannschaft Deutschlands Anwärter auf einen führenden Platz ist.

Diese zwei Länder gehörten bereits zu den führenden Wintersport-Nationen als Deutschland noch in zwei Staaten geteilt und Russland Bestandteil der UdSSR war. Seither hat sich daran nichts geändert.

Insgesamt hatte das deutsche Team in den vergangenen 25 Jahren die Nase knapp vorn. Zweimal, in Nagano 1998 und in Turin 2006, war sie die beste, immer landete sie unter den Top 3. Die russische Nationalmannschaft schwankte von ganz oben bis weit unten. 2010 in Vancouver stand sie im Medaillenspiegel nicht unter den ersten zehn.

Doch dann, in Sotschi, geschah etwas Aufsehenerregendes. Die Russen holten 13 Goldmedaillen und übernahmen zwei Jahrzehnte nach Lillehammer wieder die Führung in der Nationenwertung. Die Deutschen dagegen rutschten auf Rang sechs und errangen nur acht Goldmedaillen – für sie sehr enttäuschend. In Pjöngjang werden sie bestrebt sein, dieses Versagen wieder gutzumachen.

SHUTTERSTOCK

Die russische Olympiamannschaft wird in Südkorea zu beweisen versuchen, dass der Triumph von Sotschi kein Zufall war. Beide Mannschaften bieten die Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen. Entscheidend wird sein, wer in den Sportarten gewinnt, in denen deutsche und russische Superstars aufeinandertreffen.

In den alpinen Skirennen, wo die Deutschen stark sind, wird das nicht der Fall sein. Im Eiskunstlauf, eine Domäne der Russen, scheinen dafür die Deutschen keine Chancen zu haben. Spannend wird es beispielsweise beim Rodeln. Dort dominierten jahrzehntelang die Deutschen. Die Rennrodler gewannen bei Winterspielen 31 Goldmedaillen. Ihre unmittelbaren Verfolger, die Italiener, nur sieben. Vor einigen Jahren ist Russland zu einem entschlossenen Angriff auf die deutsche Bastion angetreten, vor allem mit Albert Demchenko. In Sotschi gelang jedoch noch kein Sieg; Deutschland holte alle vier Goldmedaillen ab, Russland zwei Mal Silber.

Lange sah es so aus, als werde Russland auch in Pyöngjang nichts holen können. Demchenko hat seine Laufbahn beendet und ist nunmehr Trainer. Und die Deutschen Felix Loch und Natalie Geisenberger schienen die Szene zu beherrschen. Aber seit der vergangenen Saison müssen die Prognosen korrigiert werden. Mit gerade 20 Jahren konnte Roman Repilov, der sein Debut in der Nationalmannschaft erst 2015 gab, beim Weltcup den Sieg erringen und regelmäßig bessere Zeiten als Loch erzielen. Auch Semjon Pavlichenko ist es gelegentlich gelungen, den deutschen Super-Champion zu schlagen.

Bei den Frauen hat zwar Natalie Geisenberger den Pokal gewonnen, musste aber einige Niederlagen gegen Tatiana Ivanova hinnehmen, ein Mädchen, das vor einiger Zeit Deutsch gelernt hat, um die führenden Sportler aus Deutschland besser verstehen und schlagen zu können. Ausgerechnet in Pjöngjang musste Geisenberger jüngst eine Niederlage erleiden. Die Deutschen begründeten die Schlappe mit Tests neuer Schlitten. Es wird spannend sein, dabei zuzusehen, wer sich im Eiskanal durchsetzt: die jungen und frechen Russen oder die „erfahrene Garde“ aus Deutschland.

Auch im Bobsport, ebenfalls ein Kronjuwel des deutschen Wintersports, greifen die Russen an. Früher schon als im Rodeln begannen sie, Deutschland zu bedrängen. In Sotschi triumphierten sie bereits. In den Wettkämpfen bei den Männern hat Russland beide Goldmedaillen geholt, die Deutschen blieben im Bobfahren bei den Spielen in Russland ohne Medaille.

Aber der talentierte russische Bobpilot Aleksandr Zubkov hat seine sportliche Laufbahn beendet. Heute steht er an der Spitze des Sportbundes, in dem der Bobsport beheimatet ist. Er selbst glaubte, dass die Nummer Zwei der Nationalmannschaft, Aleksandr Kasjanov, in der Lage sei, ihn zu ersetzen. In Sotschi fehlte den Mannschaften von Kasjanov sowohl im Zweier- als auch im Viererbob nicht einmal eine Hundertstel Sekunde zum Sieg.

In der Saison nach Olympia machten die Russen ebenfalls keine schlechte Figur – dank Kasjanov und seinen äußerst leistungsstarken Mannschaftskollegen Aleksej Stulnev und Dmitrij Popov.

Doch auch die deutsche Nationalmannschaft hat nach den Spielen 2014 nachgelegt. Francesco Friedrich, der in Sotschi völlig unauffällig war, hat seine Leistung so sehr gesteigert, dass seine Siege im Weltcup schon alltäglich wurden. Weil aber die Russen gar nicht so weit hinter Friedrich ins Ziel kamen, ist auch im Bobsport ein großes Duell zu erwarten.

Im Biathlon ist ebenfalls ein Duell absehbar. Russland und Deutschland sind in dieser immer populäreren Sportart Supermächte, ihre harte Konkurrenz ist eine feste Größe. Unvergessen der Staffellauf in Sotschi, bei dem Anton Schipulin am Schluss durch einen phänomenalen Spurt an Simon Schempp vorbeizog. Die russische Frauenmannschaft dagegen glänzt schon lange nicht mehr. Die Deutschen hingegen haben mit Laura Dahlmeier eine Championin, die im Frühjahr bei der Weltmeisterschaft im österreichischen Hochfilzen vier Mal Gold gewann. Davon können die Russinnen nur träumen.

Schipulin und Schempp werden sich auch in Korea fesselnde Duelle liefern, sowohl in der Staffel, als auch im Einzellauf. Aber sie haben auch intern Konkurrenz: In Russland sind dies ein halbes Dutzend Elite-Biathleten, darunter Anton Babikov, Maksim Tsvetkov und Evgenij Garanichev. Im deutschen Team sind Erik Lesser und Arnd Peiffer unbestrittene Stars; der kürzlich in den Elitekreis vorgestoßene Benedikt Doll ist einerseits der schnellste, wenn auch nicht der treffsicherste Biathlet. Er und seine Kollegen besitzen bereits den Weltmeistertitel. Die Staffelläufe der Olympischen Spiele versprechen auf jeden Fall ein Höhepunkt im deutsch-russischen Wettstreit zu werden.

Alexej Dospechow ist Korrespondent der Zeitung Kommersant.

Pflaume oder Tundra

Endlich suchen Russen die Farbe ihrer Autos nach persönlichem Geschmack aus. Warum das nicht immer so war, erklärt der Automobil-Kolumnist von Kommersant, **Alexandr Fedorov.**

Sie können einen Ford in jeder Farbe haben“, sagte Henry Ford, „Hauptsache er ist schwarz.“ Schwarzer Lack war in den USA zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die billigste und sie trocknete auch schneller.

Fords Bonmot entsprach in Russland nie ganz der Wahrheit. In der Sowjetunion war das Auto, ob Dienstfahrzeug oder Privatwagen, Auserwählten vorbehalten, schwarze Lackierung erhielten nur Spitzenfunktionäre. Alle übrigen Farben waren ebenso schlicht wie die Modellreihe sowjetischer PKWs, die eigentlich mit fünf Abkürzungen zu beschreiben sind: GAZ, VAZ, AZLK, Izh und ZAZ.

Dunkelgrün waren die Dienstfahrzeuge der Militärs, blau-gelb (um diese Farbgebung würden uns heute vermutlich die ukrainischen Patrioten beneiden) die der Miliz, und Taxis waren schlicht gelb. Mit hellgrauen fuhren die omnipotenten Direktoren der Märkte (die damals Kolchosmärkte hießen). Und weiße Karossen wählten wohlhabende Einwohner und Parteibonzen in den Republiken Zentralasiens und Transkaukasiens, weil sie sich unter der kräftigen Sonne nicht so sehr aufheizten.

Die bescheidene Palette sonstiger, hauptsächlich importierter Autolacke kompensierten die Autohersteller durch plakative Namen, wie „Primel“, „Matador“, „Farbbrillanz“ und „Tauwasser“. Doch die Finesse jedweder Metapher konnte den makabren Mangel nicht kompensieren. Ein Auto zu kaufen, selbst das unansehnlichste und in der Farbe „Pflaume“ oder „Tundra“ lackiert, war ohne eine langjährige Wartezeit, ohne Vergünstigungen, ohne Mehrbezahlung oder Protektion, kurz: ohne Beziehungen unmöglich. Wer aber auf diese Weise ein heißersehntes Auto „ergattert“ hatte, konnte davon ausgehen, es mit Gewinn wieder verkaufen zu können, sogar nach drei, fünf oder gar sieben Jahren.

Und so kamen solide Familienväter, ergraute Veteranen und Invaliden des Großen Vaterländischen Krieges in den Besitz des rasanten Modells 9 von VAZ in der Farbe „Nasser Asphalt“ und des modernen Modells 7 in der Farbe „Reife Kirsche“.

Aber war es einem Bürger, der das Auto nach drei Jahren verkaufte, tatsächlich möglich, genau das gleiche Modell wieder als Neuwagen zu kaufen? Mitnichten. Denn der eine Satz Winterreifen war im Kraftfahrzeugbrief eingetragen. Und wer einen hatte, bekam keinen zweiten; nun waren andere an der Reihe. Aus diesem Grund fuhren alle ihr Auto bis zum bitteren Ende, wobei es nicht nur vom Vater an den Sohn, sondern zuweilen auch an die Enkel weitergegeben wurde.

Wegen dieses kommerziellen Absurdums wurden die Russen über einige Generationen zu richtigen Gogolschen Helden, zu Pljuschkins und Korobotschkas, Figuren aus „Die toten Seelen“. Das Bestreben, das Auto zu hegen und zu pflegen, um es später vielleicht teurer verkaufen zu können, brachte sie dazu, das Zellophanpapier bis zum Schluss nicht von den billigen Kunstledersitzen abzunehmen und die Transportaufkleber von den Fenstern und die Schilder mit der Farbbezeichnung von den Innenflächen der Kofferraumklappe zu entfernen.

Dort, in tiefster sowjetischer Zeit, liegen die Wurzeln der Eigenheit, die Ausländern einen Schauer bereiten: die Fernbedienung des Fernsehers in der Plastikfolie zu belassen oder die Etiketten der Hersteller nicht von den Kristallgläsern und Tellern abzuziehen. Hieraus entspringt auch die Leidenschaft des russischen Volkes zu einer Farbe mit dem Namen „Silbermetallic“. Diese edle, aus der Zeit der Entstehung des Automobilsports herrührende Farbe, die an den berühmten Rennwagen erinnert, den Silberpfeil, wandelte sich in Russland leider zu einer allen überdrüssigen schmutzig-grauen Farbe ähnlich einem Scheuerlappen. Denn Autos, die mit einem Lack unter Zusatz von Silberbronze überzogen waren, musste man nicht so oft waschen. Schmutz, Schrammen, Kratzer und sonstige Fehler im Lack fielen nicht so auf. Die Straßen unserer Städte waren voll von verschrammten Autos in Silbermetallic, die jahrzehntelang nicht gewaschen wurden, wodurch der Fahrzeugstrom sich in einen großen grauen Fluss mit seltenen farbigen Einsprengseln verwandelte.

Erst vor etwa 15 Jahren, als die Russen verstanden, dass ein Auto keinesfalls ein Investitionsobjekt ist, sondern geringstenfalls eine Notwendigkeit oder bestenfalls ein Vergnügen, wählten sie dessen Farbe nicht mehr mit Blick auf einen Weiterverkauf aus, sondern nach den Umständen und nach ihrem Geschmack sowie nach den Präferenzen der Familienmitglieder. Und obwohl die beliebtesten Autofarben der Russen weiß, schwarz und silber sind, hat sich viel verändert. Mit leuchtenden, das Auge erfreuenden Farbkleksen, die man untrüglich bereits im Strom der Taxis, der Dienstfahrzeuge, der öffentlichen Verkehrsmittel und der Nutzfahrzeuge ausmachen kann, hebt sich die stylishe Jugend ab. Sie bestellen Autos in „grenzwertigen“ Zwischenfarben und deren Nuancen. Es tauchen Autos in Goldorange, Rot, schrillem Blau und erlesenem Grün auf. Jenen, die ihr Fahrzeug (das in der Regel nicht billig ist) in der matten Farbe eines Tarnkappenbombers lackieren lassen, drücken die Leute ihre Missbilligung in der Art aus: „Was denn, mein Freund, Geld für ein Auto hast du gehabt, aber nicht für eine anständige Farbe?“

ULLSTEIN BILD/WHITE NIGHT PRESS/IRINA BERNSTEIN

Oldtimer der Gorkowski Awtomobilny Sawod (GAZ), Wolga M21 aus den 1950er Jahren

AUS DEM GESPRÄCHSFORUM „PETERSBURGER DIALOG“

Mehr als nur globale Fragen

Ronald Pofalla beim Koordinierungstreffen des „Petersburger Dialogs“ in München: „Es ist an der Zeit, darüber zu reden, was uns verbindet“

VON PAVEL APRELEV

Wohnen wir noch zusammen in einem großen europäischen Haus oder ist Russland bereits ausgezogen? Das ist nur eine Frage, die beim Diskussionsforum „Petersburger Dialog“ besprochen werden soll. Die Vorsitzenden haben Anfang Oktober in München die aktuelle und die künftige Tagesordnung des Forums besprochen.

Am runden Tisch im Konferenzsaal des Hotels Platzl hatten sich nicht nur die Vorsitzenden des „Petersburger Dialogs“, der ehemalige russische Premier Wiktor Subkow, und sein deutscher Kollege, der ehemalige Bundesminister Ronald Pofalla, sondern auch die Mitglieder des Vorstands eingefunden. An der Planung und Berichterstattung waren etwa ein Dutzend Leiter der Arbeitsgruppen des „Petersburger Dialogs“ beteiligt: Bildung und Wissenschaft, Medien, Wirtschaft, ökologische Modernisierung, Gesundheit, Politik, Kultur und Jugend.

Wie die Leiterin der Arbeitsgruppe Zukunftswerkstatt, Natalia Tscherkessowa, berichtete, bereiten die jungen Politikwissenschaftler und Journalisten einen Sammelband einiger Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der russisch-deutschen Beziehungen vor. Einstweilen befinden sich die Beziehungen selbst auf einem Tiefpunkt. Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, könne die zunehmende Entfremdung in den vergangenen Jahren nicht entgangen sein, sagte Matthias Platzeck, ehemaliger Ministerpräsident von Brandenburg und Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Russischen Forums. Man treffe sich immer seltener, immer weniger Deutsche hätten Lust, Russisch zu lernen.

Im Grunde genommen hat die deutsche Seite die Tagung in München selbst mit einer Prognose eröffnet. Ronald Pofalla, ehemals Chef des Bundeskanzleramts, rechnet damit, dass Deutschland bis November keine neue Regierung haben wird, weil eine Regierungskoalition aus mehr als zwei Parteien geschmiedet werden muss. Mit diesem Ausblick beantwortete er die Bitte der russischen Seite, zu umreißen, wie sich die politische Lage im Land nach den Wahlen entwickeln wird.

Der „Petersburger Dialog“ bereitet derzeit sein sechzehntes Treffen in Berlin vor. Veranstaltungsort könnte das Rote Rathaus werden. Thema am 23. und 24. November wird die Entwicklung der Landwirtschaft und die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit sein. „Es ist an der Zeit, darüber zu reden, was uns verbindet“, betonte Pofalla zur Freude der russischen Seite. Später kursierte unter den Teilnehmern das Gerücht, Angela Merkel komme zum Forum.

Im Laufe des Jahres arbeiten die Arbeitsgruppen des Forums bekanntlich nach ihren eigenen Plänen. Über die Pläne und deren Erfüllung erstatteten die Leiter der Arbeitsgruppen in München Bericht. Doch vor den Berichten hob Wiktor Subkow noch die Gruppe hervor, die im zu Ende gehenden Jahr alle Punkte ihres Plans erfüllt hat: die Arbeitsgruppe Kirchen in Europa, deren Koordinator von russischer Seite Archimandrit Filaret ist, stellvertretender Vorsitzender des Kirchlichen Außenamts des Moskauer Patriarchats.

Interessant ist der Plan der Arbeitsgruppe Kultur, über den Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, berichtete. Es wird um den Zustand der syrischen Denkmäler und Museen nach dem Krieg gehen, wobei auch die syrische Seite einbezogen wird, sowie um eine Ausstellung zur russisch-preußischen Kriegsdiplomatie. Russland und Deutschland werden weiter bei der Digitalisierung der Magazine von Bibliotheken zusammenarbeiten.

Der Koordinator der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft, Wilfried Bergmann, sprach sich dafür aus, dass die Wissenschaft auch über die sozialen Veränderungen der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Technologien sprechen sollte. „Durch die Nutzung dieser Technologien verlieren Menschen ihren Arbeitsplatz oder haben Angst, ihn zu verlieren. Wir wollen uns anschauen, welche Rechtsvorschriften es in unseren Ländern zu ihrem Schutz gibt“, meinte der Wissenschaftler. Ferner möchten die Deutschen über ihre Vorstellungen für ein Bachelorprogramm im Bereich der Nutzung sozialer Netze sprechen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstands von Gazprom und Koordinator der Arbeitsgruppe Wirtschaft, Waleri Golubjew, hält es für notwendig, sich auf das Problem der ökologischen Modernisierung zu konzentrieren. Sergej Zyplenkow, Geschäftsführer von Greenpeace Russland, unterstützte diese Ansicht.

Es gab zahlreiche Vorschläge, wie die Arbeitsgruppen zusammenwirken sollten, beispielsweise die Arbeitsgruppen Medien und Wissenschaft bei Themen der Digitalisierung. Zukunftswerkstatt und Zivilgesellschaft sollten gemeinsam darüber sprechen, inwieweit sich Europa zu einem Kontinent von Ballungsräumen entwickelt.

„Wenn wir von den großen Problemen sprechen, dürfen wir auch die scheinbar kleinen Dinge nicht vergessen, welche die Beziehungen unserer beiden Länder beeinflussen“, betonte am Ende der Tagung Bogdan Danilischin, Geschäftsführer der Stiftung zur Unterstützung internationaler Projekte. „Eine solche Kleinigkeit ist in den vergangenen Jahren das Problem der schikanösen und arroganten Behandlung von Russen durch den deutschen Grenzschutz bei den Flughafenkontrollen.“

Das ist natürlich keine Bagatelle. Und wer hat eigentlich behauptet, dass sich das bedeutendste Forum der Zivilgesellschaften, der „Petersburger Dialog“, nur auf globale Fragen konzentrieren muss?

SCHÜCO
SCHÜTZT
GEPRÜFTE SICHERHEIT

Sicherheit – egal was kommt. Oder wer.

Geborgenheit ist die Gewissheit, gut geschützt zu sein. Vor Wind und Wetter, aber auch vor ungebetenen Gästen und Einbrechern. Schüco Schiebesysteme schließen Gefahren einfach aus. Da können Sie sicher sein.
www.schueco.de/sicherheit

Fenster. Türen. Fassaden.

SCHÜCO